

# Arbeiterklasse



Im Zeichen der Einheitsfront-Aktion für die Wahl der Liste 3!

Kommunistisches Organ Bezirk Halle-Merseburg

Das „Arbeiterklasse“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,80 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH, Halle, Reichardtstr. 14, Tel.: 210 42 (Halle); 210 47 (Merseburg).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Bezugspreis: 15 Pf. für den von Halle und Spalte; 1 Mk. im Umkreis. Postkonten: Kreisbank des Sozialen Halle; Commerz- und Reichsbank Halle. Postfachnummer: Leipzig 284 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag, Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH, Halle, Reichardtstr. 14

Einzelpreis 10 Pfennig

Halle, Sonnabend, den 22. Oktober 1932

12. Jahrgang, Nr. 245

## Die Partei ruft zum Kampf!

### Reichsparteikonferenz im Zeichen der revolutionären Aufschwungs und der wachsenden Bolschewisierung der Partei

Die vor wenigen Tagen stattgefundene Parteikonferenz der KPD war ein Ausdruck der bolschewistischen Konsolidierung, des Aufschwungs und der revolutionären Reife der Partei. Die Konferenz, die von etwa 400 Teilnehmern, darunter 233 Delegierten — vornehmlich aus den Betrieben, von den Stempelstellen, von den Gütern und dem flachen Lande — fern von den Mitgliedern des Zentralkomitees, den Vertretern der Parteibüros, der verschiedenen Arbeitergruppen und der wichtigsten Massenorganisationen besetzt wurde, zeigte zugleich eine bisher noch auf keiner vergangenen Konferenz gesehene, unerschütterliche Verbundenheit zwischen der Mitgliedschaft und der Führung der kommunistischen Partei mit dem Genossen Thälmann an der Spitze.

Die Parteikonferenz mit dem politischen Referat des Genossen Thälmann und der breiten Diskussion erfüllte beinahe die Funktion eines Parteitag; sie fällt in die Zwischenzeit zwischen dem Weidinger Parteitag und dem kommenden Reichsparteitag. Sie war von historischer Bedeutung!

Drei Parteikonferenzen wurden bisher in der Parteigeschichte durchgeführt: 1. Im Jahre 1925, als der offene Brief des ERK zur Zeit der Ruhr-Fischer-Periode diskutiert wurde; damals galt es, auf der Parteikonferenz mit den ultralinken Aufstellungen der Fischer, Maslow usw. aufzuräumen. 2. Im Jahre 1928 — nach dem 6. Weltkongress; diese zweite Parteikonferenz schloß den Kampf gegen die Rechten und Versöhnler ab. 3. Unsere letzte Parteikonferenz, die nach dem XII. ERK-Plenum stattfand, hand im Zeichen des wachsenden revolutionären

Aufschwungs und der Heranführung der Massen durch Teil- und Massen kämpfe an die Positionen größter Kämpfe durch bolschewistische Massenpolitik.

Auf allen bisherigen Parteikonferenzen wurde um die Fragen unserer Einheitsfrontpolitik, unserer Gewerkschaftsarbeit, die Einschätzung der Sozialdemokratie und die praktischen Aufgaben unserer Masseneinheitsfrontpolitik gerungen.

Die jüngste Parteikonferenz geht in ihrer Bedeutung in mancher Hinsicht über die vergangenen Parteikonferenzen weit hinaus und wird in der Geschichte unserer Partei als Markstein der Entwicklung der KPD zur bolschewistischen Kampfpartei nicht hinter solchen historischen Tagungen wie dem Weidinger Parteitag zurücksehen. Worin bricht sich diese besondere Bedeutung der jetzigen Parteikonferenz aus?

Erstens in der revolutionären Perspektive der Partei, die die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse als unmittelbare Aufgabe der Heranführung der Massen durch die Tageskämpfe an Massenkämpfe auf die Tagesordnung stellt.

Zweitens in der Beherrschung der Parteikonferenz durch die Streitfrage, durch die Erfahrungen der bisherigen und gegenwärtigen und die Aufgaben der bevorstehenden Kämpfe und Aktionen, in der Wiederbelebung des Kampfes der Partei auf die Betriebe und auf die innergesellschaftliche Arbeit, auf die scharfe Anwendung der Einheitsfrontpolitik von unten.

Drittens in der offensiven Fragestellung des proletarischen Internationalismus, die die Entschlossenheit der Partei widerpiegelt, zur Durchbrechung der chauvinistischen Welle, durch den gemeinsamen Kampf

des deutschen und des französischen Proletariats gegen Versailles, an der Vorbereitung des imperialistischen Krieges, gegen die Bourgeoisie im eigenen Lande.

Viertens in der unüberwindlichen und im starken Widerspruch zur Zerlegung in allen übrigen Parteien stehenden Einheit der Partei, in der unerschütterlichen Autorität der Komintern und der Parteiführung und ihrer tiefen Verbundenheit mit der gesamten Partei, in der bolschewistischen Reife der Partei, die die Vorbereitung der von der Linke der Partei abweichenden politischen Auffassungen des Genossen Zeman und einiger anderer Genossen sowie ihre Gruppenarbeit von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Sowohl im Referat, wie in der neunzehntägigen Aussprache, an der sich 57 Genossen beteiligten und die besonders von den Betriebsdelegierten getragen wurde, nahm die Parteikonferenz

### Erwerbslosenheer wächst

(Fig. Drahtm.) Berlin, 22. Oktober.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. Oktober beträgt die Zahl der Arbeitslosen, die bei den Arbeitsämtern gemeldet sind, Mitte Oktober 1932 rund 5 150 000. Die amtliche Statistik bezeichnet also im Oktober ein Anwachsen der registrierten Arbeitslosen um 48 000. Gleichzeitig ist die Zahl der in der Arbeitslosenversicherung unterstützten Arbeitslosen um 46 000 zurückgegangen; in der Arbeitslosenversicherung verringerte sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um 6500.

In der amtlichen Statistik werden bekanntlich diejenigen Arbeitslosen, die keinerlei Unterstützung mehr erhalten, nicht mehr gezählt. Die Arbeitslosigkeit ist also noch viel größer, als in der amtlichen Statistik zum Ausdruck kommt.

zu den letzten Streikämpfen gegen den Lohnabbau und zu den Kämpfen der Erwerbslosen Stellung. Es sprachen die Vertreter aus der Statistik. Sie berichteten, wie die Streiks vorbereitet werden, wie die Reformisten betrügerisch manipulierten, welche unserer Forderungen den meisten Anklang finden, wie durch innergesellschaftliche Arbeit die Auslösung von Streiks befähigt wird und welche Probleme in den Massen diskutiert und u. a. bei den Nachhängern gestellt werden müssen, um die Massen dem Einfluß der Sozialdemokratie und des Faschismus zu entreißen und größere Massenkämpfe gegen die Kapitalistatur und gegen den Faschismus durchführen zu können.

Genosse Thälmann stellte fest, daß allein in der Zeit vom 16. September bis 14. Oktober von uns 447 Streiks registriert wurden, davon wurden beendet mit vollem Erfolg 228, also über die Hälfte, mit Teilerfolgen 16, ohne Erfolg 90; unbekannt geblieben ist das Ergebnis von 173 Streiks. In diesen Streiks gelang es uns zum ersten Male in größerem Ausmaß, in ganz Deutschland Kampfsaktionen gegen die Notverordnungspolitik, gegen die Durchführung des Papen-Programms durchzuführen.

Seit langer Zeit beginnt die deutsche Arbeiterklasse wieder, sich in größerem Umfang ihrer eigenen Kraft und Macht bewußt zu werden. Die Streikbewegungen bedeuten den Beginn einer großen, offensiven Durchbruchschlacht gegenüber der Kapitalistatur und gegenüber der von der SPD und dem ADGB vertretenen Ausbeutung, daß in der Krise keine erfolgreichen Streiks möglich seien. Schließlich — und das ist von großer Bedeutung für unsere Taktik — trat in den vergangenen Streikämpfen und tritt auch jetzt die SPD mit groß angelegten „linken“ Betrugsmanövern in Erscheinung. Der Verkauf mancher Wirtschaftskämpfe signalisierte die große Gefahr des Zerfallens mancher Arbeiterorganisationen und managiert auch von Seiten der Partei auf die „linke“ Demagogie der SPD und des ADGB. Gegen jedes reformopportunistische Abgleiten, gegen jede Kapitulation vor der SPD- und ADGB-Führung sowohl in den Betrieben, als auch innerhalb der Gewerkschaften ist daher ebenso wie gegen jede sektiererische Politikspolitik der unterschiedliche Kampf zu führen.

Alle Disziplinierungsredner der Parteikonferenz trafen wichtige Beispiele über die ersten Fortschritte unserer Arbeit an der innergesellschaftlichen Front und insbesondere über die vom 12. ERK-Plenum als Aufgabe gestellte Heranführung der Massen über Teilkämpfe und Teilstreiks an große Massenkämpfe. Durch eine große Anzahl von Vorschlägen, zum Beispiel Selbsthilfestellen in den Betrieben zu gründen, durch neue Formen von Einheitsfrontorganen, durch Betriebsbelegierten-Konferenzen, Betriebsbelegierten und betriebliche Lohnkommissionen usw. wurden die reichen Erfahrungen der letzten Wirtschaftskämpfe ausgenutzt,

## Ohne Hitler kein Papen!

### Einige Fragen an die Nazi-Wähler zum Hitler-Tag in Halle

Wer hat die Notverordnungen vom 4. und 5. September sowie die vorhergehenden vom August und Juli erlassen? — Papen!  
Wißt ihr, daß der „Börsliche Beobachter“ am 24. Juni selbst geschrieben hat: „Der Papen steht das neue nationalsozialistische Deutschland“

Wer ist — wie Goebbels sagt — auf dem Rücken der NSDAP in die Amtsstelle geteilt? — Papen!  
Wer ist also voll verantwortlich für die Papenschen Notverordnungen? — Hitler!

Wer hat als Führer einer „Arbeiter“-Partei anlässlich des monarchistischen Rummels in der Reichshöhe lobend „in tiefster Verehrung“ diesem Fürstengeschlecht seine Glückwünsche dargebracht? — Hitler!

Wer hat am 21. Oktober eine Antwort an den Reichsanzler von Papen geschrieben, in der es heißt: „Die großen Gedanken, die wir Nationalsozialisten seit vielen Jahren prägen und predigen, sind heute von Ihnen zum Teil akzeptiert worden.“

Wer bieder sich in dem gleichen Artikel zur Mitarbeit in diesem Papen-Kabinetts folgendermaßen an: „Der Herr Papen! Eindeutig Sie haben keine Ahnung von der Gefahr, in der der Rest Europas und in erster Linie Deutschland sich dem Bolschewismus gegenüber befindet, aber Sie glauben wirklich, daß einer Weltanschauung ein Kabinetts gegenübergestellt werden könnte.“ — Hitler!

Wißt ihr, daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ am Montag Abend über die Hitler-Bewegung schrieb:

„Der Reichsanzler von Papen würde weder an seiner Mängel, noch an der Papenbörner und Dornier-Rede erhebliches zu ändern gehabt haben, wenn in seinem Kabinetts drei oder vier Nationalsozialisten lägen.“

Wißt ihr, daß der deutschnationale Abgeordnete Lamerenz am 3. Oktober in der Sitzung des Landesvorstandes der Deutschnationalen folgendes vortrug:

**Nieder mit Hitler und Hugenberg! Nieder mit den Fürstentumsknechten! Reißt ihren werkräftigen Anhängern die Binde von den Augen! Gewinnt sie für unseren Kampf und für die Wahl der Liste der KPD, der Liste 3! Marchiert mit den Antifaschisten!**

„Der Zerfall der NSDAP ist eine große Gefahr, denn der größte Teil der Abwandernden wird zu

### Heute werden in Halle



in Hunderten von Zugautos die Kapitalisten ihren Beschützer Hitler anrufen. Sie geben gern ihr Geld für die Finanzierung der Kapitalisten- und Fürstentumsknechte unter dem Hakenkreuz. Die Arbeiter und die Werktätigen geben ihre Groschen dem Wahlfonds der kommunistischen Partei!

den Nazis gehen, und nur ein kleinerer Teil wird zu uns fliehen.“

So bestimmt ist ein deutschnationaler Führer um das Schicksal der NSDAP, Hitler und Hugenberg haben die gleichen Sorgen!

Genosse Thälmann gab in seinem politischen Referat über die Beschlüsse des 12. Plenums einen Überblick über die Weltlage und die Lage in Deutschland. Er analysierte den Stand der bürgerlichen Klassenherrschaft, den Entwicklungsprozeß der revolutionären Aufschwüngen und konkretisierte die vom 12. Plenum für die deutsche Partei gestellten Aufgaben in der kommenden Phase der Entwicklung.

In der ersten Reihe der Kriege und Revolutionen, die in die Zeit von 1914 bis 1923 fällt, war allein die Partei der Volksherrschaft unter Führung Lenins in der Lage, ihre historische Funktion zu erfüllen und ihren Kampf siegreich zu gestalten. Beim Übergang zu einer neuen Reihe der vom 12. Plenum signalisierten Kriege und Revolutionen sehen wir bereits in allen kapitalistischen Ländern, vor allem auch in Deutschland, starke kommunistische Parteien.

Der Faschismus soll den Zerfall der kapitalistischen Herrschaft aufhalten und die weitere Entfaltung der kapitalistischen Profitrate verhindern. Deutschland ist ein Musterbeispiel für den bereits vom 11. Plenum festgestellten Entwicklungsprozeß der bürgerlichen „Demokratie“ zum Faschismus. Die Entwicklungsbedingungen des deutschen Faschismus, die sich aus dem Ende der kapitalistischen Stabilisierung ergeben, sind andere als die Entwicklungsbedingungen des Faschismus in Italien, Polen und auf dem Balkan zur Zeit des Beginns und der Entfaltung der relativen kapitalistischen Stabilisierung. So ist die faschistische Diktatur in Deutschland sowohl ein Ausdruck der starken Erschütterung der kapitalistischen Klassenherrschaft, aber auch zu gleicher Zeit ein Ausdruck des Verfalls der Konsolidierung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie.

Die jüngsten offiziellen Akten in München und Baderborn, die Akte der faschistischen Bourgeoisie, die Erste Kammer, ein Oberhaus, zu schaffen, die Konzentration der faschistischen Diktatur in Preußen, die stärkere Heranziehung auch des Stahlheims, die weitere Erschließung der Großbourgeoisie an der NSDAP, die Zeitungs-, Demonstrations- und Versammlungsverbote, die Pläne, ein geheimes Verbot des Streiks gegen die Arbeiterordnung zu erlassen, und ganz besonders der Beschluß der Bourgeoisie mit Druckereibesetzungsmaßnahmen und finanzpolitischen Anschlägen gegen die SPD — die alles kennzeichnet den wachsenden faschistischen Unterdrückungsprozeß und die wachsende Anwendung unerbittlicher Diktaturmethoden gegen das Proletariat.

Deutschlands Außenpolitik, der Küstungsvorstoß, der Versuch, im Interesse des deutschen Imperialismus eine Forderung der Weltallier Besten zu erreichen, zeigt die zunehmende imperialistische Aggressivität der deutschen Bourgeoisie, die, gestützt auf die chauvinistische Meinung der Faschisten, die Sozialdemokratie zum Sozialfaschismus, die imperialistischen Positionen zu verbessern sucht.

Ingehohe der bedrohlich wachsenden Verschärfung der imperialistischen Gegenläufe zwischen Frankreich und Deutschland, der Aufbruchspolitik und der imperialistischen Abenteuerpolitik der deutschen Bourgeoisie wird die SPD in den kommenden Wochen und Monaten immer entschlossener das Banner des proletarischen Internationalismus gegen die chauvinistischen Kriegshetze entrollen, immer enger zusammen den Kampf gegen den Nationalismus aufnehmen, die gemeinsame Front der französischen und deutschen Arbeiter und des internationalen Proletariats im Kampf gegen das Versailles System als den einzigen Weg zur Freiheit aufzeigen.

Am Kampf gegen den Nationalsozialismus muß bei härtester Ausnutzung der beginnenden Zerlegung im Hitler-Lager mit einer ideologischen Massenoffensive begonnen werden, um besonders die Massen der vom Faschismus beeinflussten werktätigen Jugend, der Arbeiter und Angestellten und ferner große Schichten des Kleinbürgertums für die revolutionäre Klassenfront zurückzugewinnen bzw. neu zu erobern. Das 12. Plenum des GSK hat mit aller Entschiedenheit betont, daß die weitere Entfaltung über der Zerfall der faschistischen Diktatur in Deutschland in der Hauptsache abhängt von der Entfaltung des Klassenkampfes des Proletariats unter Führung der kommunistischen Partei.

Bei unserer Massenarbeit gegen die Sozialdemokratie müssen wir uns verstehen, den Massen die Entwicklung der SPD zum Sozialfaschismus aufzuzeigen, wobei wir aufs Schärfste den Unterschied betonen, der zwischen der Führung und der Mitgliedschaft der SPD bzw. des GSK besteht. Bei jedem Schlag gegen die SPD und gegen die SPD-Führung muß es uns gelingen, die Arbeiter dieser Partei für uns zu gewinnen.

Die SPD verliert den faschistischen Charakter der jetzigen Papen-Diktatur zu verfeinern. Ihre gesamte Politik bedeutet eine praktische Hilfsleistung für die faschistische Diktatur. Die SPD bindet die Massen an die Herrschaftsmethoden der Bourgeoisie, sie vertritt das Proletariat in seinem Kampf, sie ist ein Werkzeug des Monopolkapitalismus. Sie ist, wie Genosse Stalin treffend formuliert, „ein Zwillingenbrüder des Faschismus“, der „genau die gleiche Rolle“ spielt. Durch ihre faktische Tolerierungspolitik und die Unterstützung der faschistischen Diktatur muß bei einer richtigen Entfaltung unserer Einheitsfrontpolitik natürlich die Spannung zwischen Masse und Führung der SPD weiter wachsen.

Neben von der Generallinie der Partei und den Komintern-Beschlüssen abweichende Charakteristik der Rolle der SPD, jede Unterfütterung dieser Partei, jede falsche Einschätzung der Entwicklung des Faschismus muß natürlich, genau so, wie jede Unterfütterung derselben und jede falsche Einschätzung der Entwicklung des Faschismus und Sozialfaschismus, zu falschen Schlussfolgerungen und zu gefährlichen Abweichungen föhrt, gegen die die gesamte Partei den härtesten Kampf führen muß.

Die Parteikonferenz der SPD, welche ebenso wie die vorausgegangene Plenarsitzung des Zentral-Komitees den Schlüssel für die Auseinandersetzungen mit Genossen Heinz Neumann und einigen anderen Genossen, die in wichtigen politischen Fragen ernste Fehler begingen und abweichende Auffassungen von denen der Gesamtpartei und der Komintern vertraten. Einmütig und entschlossen wurde der Versuch der gruppenspezifischen, die Parteiführung diskreditierenden und die Autorität des ZK untergrabenden Tätigkeit der Neumann-Gruppe verurteilt und ihre falschen politischen Auffassungen zurückgewiesen.

Die Parteikonferenz drückte zum Ausdruck, daß der Genosse Neumann und seine Gruppe durch ihre politischen Fehler, ihre prinzipienlose Doppelmoral und ihre Gruppenarbeit zu einem Hemmnis für die Partei bei der Durchführung der vom Februarplenarium des Zentral-Komitees beschlossenen Wendung zur revolutionären Massenpolitik, zur Führung der Kämpfe und Aktionen wurden und daß die Partei ihre ersten größeren Erfolge in der Durchführung dieser Wendung mit der Antifaschistischen Aktion, mit der jetzigen Streikwelle ohne Überwindung dieser Störungsversuche nicht hätte erzielen können. Die Parteikonferenz unterstreicht die ideologische Auffassungsarbeit des Zentral-Komitees mit aktiver Unterstützung der Komintern, die zur Überwindung der falschen Auffassungen und zur völligen Isolierung der Neumann-Gruppe in der Partei und ihrer vernichtenden Niederlage geführt hat.

Die Fehler des Genossen Neumann lagen vor allem auf dem Gebiet der Befämpfung der Sozialdemokratie und des Faschismus.

# Nationalsozialisten, malzberhören

## Ueberzeugt euch, wie die SPD die soziale und nationale Knechtschaft beseitigen will!

Wir zitieren aus der Deklaration des Zentral-Komitees der SPD gegen die Tributknechtschaft des deutschen Volkes, Beschlüssen im Februar 1932, die folgenden Sätze:

Das kapitalistische Deutschland kann den Massen nur neues Elend, vermehrte Unterdrückung bringen. Die Diktatur der Bourgeoisie bedeutet die Verewigung der Young-Planerei des deutschen Volkes...

Wo die Sowjets regieren, sind die Schulden an ausländische Bankiers und Regierungen, die vom Jureismus dem Volke auferlegt werden, für null und nichtig erklärt.

Wo die Sowjets regieren, bestimmen die werktätigen Massen in voller Freiheit ihr Schicksal. Alle Völker des ehemaligen Jureismus haben in der Union Sozialistischer Sowjet-Republiken volle nationale Freiheit erlangt.

Wo die Sowjets regieren, hat die Arbeiterklasse unter Führung der kommunistischen Partei die Betriebe, Banken, Bergwerke, den Grund und Boden in ihre Hände genommen.

## Wer das Doppeltuch der sozialen und nationalen Sklaverei zerschmettern will, marschiere mit der Kommunistischen Partei!

Dort gibt es keine Arbeitslosen, keine Krise. Dort heigt der Lohn und sinkt die Arbeitszeit. Dort werden neue Industriezentren und Städte aufgebaut.

## Nier der Kapitalismus mit sozialer und nationaler Versklavung —

## Dort der Sozialismus mit sozialer und nationaler Freiheit!

Zwischen den beiden Systemen gibt es, für die Millionenmassen der Arbeiter und Werktätigen in Stadt und Land die Entscheidung zu treffen. Wer das Young-Elend vermeiden will, wer wünscht, daß die Not noch größer wird, wer mehrere Jahre und längere Arbeitszeit mit dem werden es die Welt und Hitler, die SPD-Führer und die Satentreuler verschaffen.

# Hallische Bauarbeiter führen den Streik verschärft weiter

## Baunternehmer vor der Kapitulation — Der rote Verband hat die Führung!

(Eig. Meld.) Halle, 22. Oktober.

Am gestrigen Freitag verhandelte die Unternehmer der streikenden Hallischen Baubetriebe mit der Streikleitung. Der Unternehmer Besig hatte bekanntlich das Lohnabstandsverbot zurückgenommen. Darauf hat der Arbeiterverband Besig veranlaßt, unter seinen Umständen die Leute in den Betrieb zu lassen. Bei den Verhandlungen gesten erklärten die Unternehmer, daß sie bereit seien, einen Teil ihrer Forderungen nachzugeben, und zwar sollten die Löhne ab 31. Arbeitsstunde nicht, wie bisher vorgegeben, um 50, sondern um 25 Prozent getürzt werden, der bereits abgezogene Lohn soll in dieser Höhe nachgezahlt werden.

were. Auf dieses Angebot der Unternehmer antwortete die Streikleitung mit „Unannehmbar“.

Es fand sofort eine Verammlung der Streikenden statt. Von den in aller Eile ergriffenen Kollegen stimmten 78 für Weiterstreik und 17 für Arbeitsaufnahme. Der Streik wird dadurch verschärft auf der ganzen Linie fortgesetzt.

Die Unternehmer werden nunmehr erneut verurteilt, Streikbrecher in die Betriebe zu bringen. Die strikte Haltung der Streikenden hat die Firma Bode, Werberburger Straße, die heute ebenfalls ein Lohnabstandsverbot herausbringen wollte, veranlaßt, auf jeden Lohnabstand zu verzichten.

Die Streikenden haben durch die Solidaritätsaktion, die sofort einsetzte, die beste Kampfstimmung. Am Montag, dem 24. Oktober, 17 Uhr, findet im Hallischen „Volkspart“ eine große Bauarbeiterversammlung statt. Dabei wird die Arbeiterüberfront von Giebichenstein mit-

# SPD-Wähler! 3 Fragen!

Wer hat die Hooverordnungen erlassen?

Papen!

Wer hat Papen eingesetzt?

Hindenburg!

Wer hat gesagt, daß man Hindenburg wählen soll?

Die SPD-Führer!

Und die wollen uns einreden, daß sie gegen Papen kämpfen?

Schluß mit der sozialdemokratischen Hindenburg-Politik!

Her zur Einheitsfrontaktion!

## Wählt Kommunisten Liste 3

Nach dem Leipziger SPD-Parteitag im Jahre 1931 leugnete Genosse Neumann die Gefahr der Gründung der SA, später buldete er falsche opportunistische Auffassungen über die Rolle der SA in der „Roten Fahne“ und brachte somit eine Unterfütterung der „linken“ Betrugsmanöver des Sozialfaschismus zum Ausdruck.

Auf der anderen Seite wandte er sich gegen die Formulierung: „Den SPD-Arbeitern die Bruderschaft“, die er als „Kassaulaufen hinter den Sozialdemokraten“ bezeichnete; weiterhin verurteilte er die Lösung der „roten Einheitsfront“ in „Rote Arbeiterfront“ umzuwandeln, und verfolgte eine Linie des Unterdrücknisses für die Bedeutung der innergemeinschaftlichen Oppositionsarbeit. Diese sektiererischen Fehler föhrt die Partei bei der Entfaltung der Einheitsfrontaktion von unten und bilden ein Hemmnis für die Eroberung breiter Schichten der gesellschaftlich organisierten Arbeiter und für die weitere Entfaltung der SPD.

Im Kampf gegen die faschistische Diktatur und gegen den Nationalsozialismus prägte Genosse Neumann bereits im Dezember 1930 die falsche Formulierung über die Einheitsfrontaktion, wonach die faschistische Diktatur bereits da sei und der Kampf nicht mehr um die Verhinderung, sondern nur noch um den Sturz der faschistischen Diktatur gehe. Damit wurde nicht nur der Kampf gegen die Aufriktion der faschistischen Diktatur abgewandt, sondern auch der SPD die betrügerische Propaganda erleichtert, man müsse Hitler an die Macht lassen, damit er sich rascher „abwirft“. Ein besonderes Hindernis für die breite Massenarbeit zur Zerschließung der werktätigen Nazi-Anhänger von der Hitler-Partei und eine Erweiterung unseres Kampfes gegen Tendenzen des individuellen Terroris in Teilen der Arbeiterklasse bildete die vom Genossen Neumann verfolgte Lösung „Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!“

Die Abschaffung der ideologischen Differenz innerhalb der Partei und der holländischen Solidarität, sowie die Tendenzen der Schönfärberei schlossen die Rette der Fehler, Abweichungen des Genossen Neumann und einiger anderer Genossen ab.

In holländischer Gesinnung hat die Parteikonferenz durch einstimmigen Beschluß nicht nur die Fehler und Abweichungen und vor allem die Gruppenarbeit und die Veruche, im Jugendverband die Autorität der Parteiführung zu untergraben, zurückgewiesen, sondern auch festgestellt, daß die Gruppe Neumann in der Mitgliedschaft und bei den Funktionen der Partei feiner-

lei Boden zu finden vermochte, sondern von vornherein völlig isoliert war.

Genosse Morin, der das zweite Referat über den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion hielt, stellte den Kampf der beiden Systeme, des Kapitalismus und Sozialismus, als einen wichtigsten Kampf dar, die gemeinsame Rolle der kommunistischen Partei demonstriert. Der bevorstehende 15. Jahresstag der siegreichen russischen Oktoberrevolution steht für die Arbeiterklasse Deutschlands im Zeichen des brüderlichen Bündnisses und der aktiven Verteidigung der Sowjetunion. Die unverrückbare Verbundenheit der deutschen Partei mit der führenden Partei der kommunistischen Internationale, der Partei der Volksherrschaft und ihrem Leninischen Zentralkomitee unter Führung des Genossen Stalin fand auf der Parteikonferenz immer von neuem lebendigen Ausdruck. Unter föhrlichem, minutenlangem Beifall proklamierte Genosse Thälmann die Solidarität der revolutionären Arbeiter Deutschlands mit dem Kampf der KPSU gegen die konterrevolutionäre Gruppe Martini und ihre Helfer, die aus der Partei ausgeschlossenen Einowien, Kamenzen, Sten und Uliganow.

Die Parteikonferenz war eine Tagung der Konsolidierung und Festigung der bolschewistischen Rader, einer entschlossenen Steigerung der revolutionären Massenpolitik, der klugen Anwendung der Einheitsfrontaktion als Hauptmethode der Kampfmobilisierung, der Heranzuführung der Massen durch die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe aller Art auf unserer Generallinie an größere Kämpfe. Gestützt gegen alle politischen Anschläge und ideologischen Einflüsterungen des Klassenfeindes geht die kommunistische Partei an die Kämpfe der kommenden Wochen und Monate heran. In klüger Offenheit wird die SPD schon die bevorstehenden Reichstagswahlen in den Dienst der Mobilisierung der Massen in den Betrieben, auf den Stempelfellen, in den Arbeitervereinen und auf den Dörfern stellen. Deutschland geht großen Klassenkämpfen entgegen. Nicht wollen Recht wird der Führer der SPD auf der Parteikonferenz auf jenen Satz aus den Beschlüssen des 3. Weltkongresses der kommunistischen Internationale hin, wonach die Lebensbedingungen der Arbeitermassen immer unverbesserbar werden mit der Existenz der kapitalistischen Gesellschaft und sich, darum der Kampf auch um die beschiedenen Forderungen auszuüben zum Kampf um den Sozialismus!



# Neue Nazi-Erklärungen für Versailles

## Reventlow: „Wir verlangen keine Annulierung des Versailler Vertrages“ — Weitere Verschärfung der französisch-deutschen Gegensätze — Sübeltraffeln hüben und drüber der Grenzen — Kriegspläne des polnischen Imperialismus

Paris, 20. Oktober. Die französische Zeitung „Republique“ veröffentlicht ein Interdikt mit dem Naziabgeordneten Graf Reventlow, der im Namen der Hitlerpartei u. a. wörtlich erklärt:

„Wir verlangen nicht die Annulierung des Versailler Vertrages, aber eine tiefgreifende Revision... Die haben sehr viele Schopenhäuger für General von Schleicher, weil er aktiv ist und sich auch der Gefahr bewußt ist, die Deutschland bedroht.“  
Dieses sensationelle Eingeständnis des Grafen Reventlow entlarvt noch einmal die deutsch-französische „nationale“ Demagogie der Nazis, die in Wirklichkeit den Versailler Kaufvertrag anerkennen und lediglich durch willkürliche Unterordnung unter den französischen Gebirgsnamen von Versailles einige Lockerungen im Interesse des deutschen Finanzkapitals ersuchen. Gleichzeitig zeigen die Euphathieerklärungen Reventlows für den Reichswehrminister von Schleicher, wie eng die Nazis mit der Papen-Regierung verbunden sind.

### Das Volk will nationale und soziale Befreiung, keinen imperialistischen Krieg

In demselben Augenblick, wo Reventlow die Unterwerfung der Nazis unter den Versailler Kaufvertrag nochmals verurteilt, schreibt die offizielle „Deutsche Allgemeine Zeitung“: „Könnte nicht dieses eine Wort Versailles das kurze Bindeglied sein, das die auseinanderstrebenden Fronten (gemeint sind die Nazis und Sozialisten) wieder zusammenführt? Wenn nicht vor, dann nach dem 6. November!“

Dieses Zitat aus der „DAZ“ zeigt zweierlei. Erstens, daß die Deutschen und die Nazis ein und dieselbe Kampfmacht sind, die jetzt nur durch Spiegelbilder das Volk betrogen wollen, um sich nach dem 6. November zu einigen. Zweitens aber zeigt es, daß die deutsche Bourgeoisie den berechtigten Forderungen der arbeitenden Bevölkerung gegen das Versailler Versklavungssystem zu einer Stärkung der Massensparten des Finanzkapitals gegen das Proletariat ausweichen will. Durch eine chauvinistische Hege sollen die Werttätigen davon abgelenkt werden, daß sie nicht nur durch Versailles, sondern gleichzeitig auch durch das deutsche Finanzkapital unterdrückt sind, sie sollen abgelenkt werden von der Hungerlosensfrage der deutschen Bourgeoisie. Durch diese chauvinistische Hege soll ferner der Boden für einen neuen imperialistischen Krieg bereitet werden.

Gewißheit durch die Krise, rückt der deutsche Imperialismus an den Fesseln von Versailles. Nicht etwa, um das werttätige Volk vom Versailler Joch zu befreien, sondern um die materiellen Bedingungen wieder zu erhalten, durch einen blutigen imperialistischen Krieg einen Ausweg aus der Krise zu finden. Deshalb der Schrei nach der Aufkündigung, nach einer Befreiung, die der Entwicklung der deutschen Wirtschaft entspricht. Deshalb der Schrei nach Kolonien, wie er jetzt täglich durch die Spalten der bürgerlichen Presse geht. So schreibt z. B. die „Deutsche Bergwerkszeitung“:

„ebenfalls sollte Deutschland, nachdem das Kabinett von Papen das Problem der Gleichberechtigung müde in die Debatte geworfen hat, nicht mehr länger zögern, diese Gleichberechtigung nur aber auch wirklich auf allen in Betracht kommenden Gebieten zu fordern. Die deutsche Volkswirtschaft bedarf der eigenen Kolonien...“

Dieselbe deutsche Bourgeoisie, die gemeinsam mit dem internationalen Finanzkapital das werttätige deutsche Volk ausplündert, verlangt vom französischen Imperialismus eine Lockerung der Versailler Fesseln, verlangt Waffen und Kolonien, Wapenmärkte und Kolonialgebiete. Sie hat verlernt und verlernt nicht noch, diese Konzeptionen von Frankreich um den Preis einer Unterwerfung des antimonarchischen französischen Bündnisystems zu erzwingen.

Die hedenbüßte Massenbewegung der Endapostler Arbeiterpartei in den Prozeßingen, das Weiterbestehen der kommunistischen Partei und aller revolutionären Arbeiterorganisationen hat die Wut der ungarischen Bourgeoisie noch verstärkt. Sie

schätzen. Aber da der französische Imperialismus sich nicht bereit zeigt, das Versailler System, die Grundlage seiner Vormachtstellung, anzufassen, zögert der deutsche Imperialismus auch nicht, zur Erreichung seiner imperialistischen Ziele den Weg einer abenteuerlichen Kriegspolitik einzuschlagen. Diese Tatsache wird nicht nur durch die chauvinistische Hege der letzten Tage, die jener aus den Junitagen 1914 aufs Haar ähnelt, sondern auch durch die Kontingenzierungspolitik des deutschen Kapitalismus unter Beweis gestellt. Die Unterwerfung unter Versailles und die abenteuerliche Kriegspolitik sind nur zwei Seiten ein und derselben Medaille der deutschen Bourgeoisie, die in den Fängen der Weltkrise verstrickt ist. Das 12. Plenum des Exekutiv-Komitees der kommunistischen Internationale hat auf diese Verschärfung der französisch-deutschen Gegensätze hingewiesen, und das deutsche Proletariat muß mit größter Wachsamkeit die Geschehnisse verfolgen, denn sie bergen die wachsende Gefahr eines neuen imperialistischen Völkermordens in sich.

Die Ereignisse, die sich mit V. Schönlank entwickeln, bestätigen die Richtigkeit der Einschätzung des 12. Exekutiv-Plenums, daß sich die Welt an der Schwelle eines neuen Turms bewaffnet.

Zusammenstoße zwischen den Staaten und Klassen befinden. In dieser ersten Stunde, da die Gefahr eines neuen imperialistischen Völkermordens drohend über den Köpfen der Werttätigen schwebt, erklären wir Kommunisten:

Die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus hat nichts zu tun mit einer nationalen Befreiung des deutschen Volkes. Niemals, solange die Bourgeoisie in Deutschland herrscht, die die werttätigen Massen knechtet und unterdrückt, kann das deutsche werttätige Volk frei sein. Die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus dient lediglich und ausschließlich den Interessen einer Handvoll Bankiers, Großindustrieller und Großagraren, die für ihre Profitinteressen die Werttätigen wieder auf den Schlachtfelder opfern wollen.

Niemals werden wir zulassen, daß der Haß des werttätigen Volkes gegen das Versailler Kaufsystem mißbraucht wird für die räuberischen Interessen des deutschen Imperialismus. Nicht nur die deutschen Kommunisten, nein, die gesamte kommunistische Internationale hat ihre unverwundliche Feindschaft gegen das Versailler System vom ersten Tage des Bestehens dieses Kaufvertrages feierlich verkündet: Wir sind die einzigen werttätigen Kämpfer gegen jede nationale und soziale Versklavung. Nicht imperialistische Kriegspolitik führt zur Befreiung der Versailler Fesseln, sondern die Befreiung des Kapitalismus in Deutschland. Wir uns gemeinsam mit den kommunistischen Parteien in Frankreich und in England die werttätigen Massen zum Kampf gegen den Versailler Vertrag, zum Kampf gegen den französischen Militarismus. Allein ein sozialistisches Deutschland, gestützt auf dieses enge und brüderliche Bündnis mit den werttätigen Massen Frankreichs und Englands, in engster Anlehnung an die Sowjetunion wird den Versailler Vertrag und jede nationale Versklavung des deutschen Volkes endgültig befeitigen können. Allein ein sozialistisches Deutschland wird auch den freiwilligen Anschluß der Werttätigen Österreichs und Danzigs ermöglichen.

## Heraus mit Karitas und Genossen!

### Anruf der Roten Hilfe Ungarns an das internationale Proletariat

Die Rote Hilfe Ungarns veröffentlicht einen Anruf, der das gesamte Weltproletariat zu gewissen Protestaktionen gegen die ungarische Seneszerjustiz entflammen muß. In diesem Anruf heißt es u. a.:

Am 24. Oktober kommt der Prozeß gegen József Karitas und 12 andere Genossen vor dem Budapest-Strassenricht zur Verhandlung. Der Prozeß bildet eine Fortsetzung seiner Verhandlung als dessen Ergebnis unsere heldenhafte Märtyrerin Emma Sallai und Alexander Hürki, die beiden Führer der kommunistischen Partei Ungarns, hingerichtet wurden. Keine Bestrafung der schuldigen Bourgeoisie, kein Verbot und keine Verbannung seitens der sozialdemokratischen Führer haben es verhindert, daß große Massen der sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter sich in der ganzen Welt der Protestbewegung anschließen.

Die hedenbüßte Massenbewegung der Endapostler Arbeiterpartei in den Prozeßingen, das Weiterbestehen der kommunistischen Partei und aller revolutionären Arbeiterorganisationen hat die Wut der ungarischen Bourgeoisie noch verstärkt. Sie

molte nach der Hinzurechtung durch Massenverhaftungen von kommunistischen Parteimitgliedern und oppositionellen Sozialdemokraten eine Dose für die Gefangen der „schuldigsten“ Art zu setzen. Nur die Rote Hilfe war gegen diese Verhaftungen hat die Mitglieder, Koll und Genossen vor der handreichlichen Beurteilung gestellt. Aber langjährige Arbeiterkämpfer sollen auf dem „ordentlichen“ Gerichtsausschuss über die Verhaftung werden. Ihr Prozeß wird im Einklang vorbereitet und findet bereits am 28. Oktober statt. In der Reihe der „Hauptprozeße“ soll zuerst der erste Prozeß Karitas verhandelt werden.

Eine mächtige Protestbewegung des internationalen Proletariats muß den Genossen Karitas und seine Mitverhafteten den Seneszer und Richtern des ungarischen Justizsystems entgegenstellen.

Schon jetzt wollen wir für die Freilassung des Genossen Karitas kämpfen, damit es gar nicht zu der zweiten Verhandlung vor dem Schnellgericht kommt.

Zentralkomitee der Roten Hilfe Ungarns.

A. Schapowalow

# ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

Copyright 1932 by Morp.-Verlag, Berlin (Internationale Memoren, Band 4). Uebersetzt von Olga Holpern.

18. Fortsetzung

Ich ging in die Wohnung und fand einen gutmütigen alten Mann und eine alte Frau vor, die neugierig nachsahen, woher ich komme und was ich von ihrem Sohn, dem Studenten, will. Endlich kam er nach Hause. Wir unterhielten uns in der Gegenwart seiner Eltern über alle möglichen uninteressanten Dinge, die mir gerade in den Kopf kamen, und ich machte ihn vorsichtig darauf aufmerksam, daß ich ihn unter vier Augen sprechen möchte.

„Kommen Sie, wollen wir ein wenig spazieren gehen“, sagte er mit mir vor.

Wir verließen den Hofhofhof und begaben uns zur Wolga. Ein schmaler Pfad führte uns zum ziemlich steilen, wolkenbedeckten Ufer hinauf. Als ich ihm das vereinbarte Lösungswort sagte, wart er sofort im Bilde, wie ich bin, und sein Gesicht nahm einen zufriedenen Ausdruck an.

„Es ist sehr unorthodox, daß man Sie direkt zu mir geschickt hat“, sagte er. „Die Lage hier ist so, daß ich überhaupt keine Hoffnungen, schon angestrichelten Arbeiter habe, nicht einmal solche sind zu finden, auf die man sich verlassen könnte, daß sie nicht sofort alles ansetzen. Verlässliche Arbeiter gibt es weder hier noch in den Fabriken der Umgebung.“

„Wie ist es aber möglich, daß man mich in Jaroslawsk weder schickte. Sie hätten hier Verbindungen zu den Arbeitern? Nur aus diesem Grunde hat man mich zu Ihnen geschickt. Man gab mir den Auftrag, die Arbeiter, die Ihnen bekannt sind, kennen zu lernen und durch diese die Verbindung mit Arbeitern anderer Fabriken aufzunehmen, um die Organisation in Kineshma zu festigen und die Parteilichkeit zu erweitern.“

„Ich habe dem Genossen Hofhof verständig gesagt, daß ich nur einen Arbeiter in dieser Fabrik kenne“, antwortete er mir. „Vor zwei Wochen fuhr aber dieser Arbeiter nach Petersburg. Die In-

formation, die Ihnen gegeben wurde, ist ganz falsch. Ich habe augenblicklich gar keine Verbindungen. Ich bin auch sehr ungehalten darüber, daß man Sie zu mir geschickt hat: ich gab doch eine andere Adresse in Kineshma an.“

„Was soll ich also jetzt anfangen? Soll ich wieder zurück nach Jaroslawsk fahren und dort mitteilen, daß dieser Ort hier ganz unbedeutend ist?“

„Nein, bleiben Sie hier, ich rate Ihnen nicht, in Kineshma selbst zu wohnen: Sie müßten dann täglich auf der Straße hin- und zurückfahren. Alle Fabriken sind hier auf diesem Ufer. Sie werden durch Ihr häufiges Hin- und Herfahren auffallen, und man wird Sie zu beobachten beginnen. Ich schlage Ihnen vor, hier im Wald in einer kleinen Holzstube zu wohnen. Sie werden dort nur übernachteten. Sie müssen dann persönlich alle Fabriken besuchen und um Arbeit bitten. Finden Sie hier Arbeit, so kommen Sie leicht in Kontakt mit den Arbeitern und können hier eine Organisation aufziehen, Propaganda und Agitation organisieren. Das ist zwar ein schwieriger und langer Weg, es gibt aber keine andere Möglichkeit.“

Wir gingen, im Gespräch vertieft, den schmalen Pfad hinauf. Im Wald fanden wir eine aus Brettern gebaute Hütte, die noch viel kleiner war als das Zimmer, das ich in Batum bewohnt. In dieser Hütte war weder ein Tisch noch ein Stuhl noch sonst irgendein Möbelstück. Im Sommer konnte diese Hütte wohl ein Schutz gegen Sonne und Regen sein, aber in ihr zu wohnen, besonders in den kalten nördlichen Septembertagen, schien auch für mich einen so wenig angenehmen Aufenthalt, fast unmöglich. Da es nicht einmal einen Holzstüber gab, mußte man auf einer dünnen, alten Matratze schlafen, die auf bloßer Erde lag.

„Ich werde Ihnen, damit Sie sich in der Nacht zuweilen können, eine Decke von mir mitbringen“, sagte er.

Wir besprachen, daß er mein Bötchen mit meinen Sachen und Büchern, das ich aus Sibirien mitgebracht hatte, bei einem seiner Bekannten, einem Gymnasiallehrer, unterbringen werde.

„Ich muß noch meinen Paß ausfüllen“, sagte ich. „Die Genossen in Jaroslawsk geben ihn mir, leihen es aber ab, ihn auszufüllen. Es wäre nicht gut, wenn ich es selbst mit meiner Handschrift fülle. Wollen Sie es vielleicht machen? Schreiben Sie irgendeinen Namen hinein, sagen wir: Iwan Petrowitsch Kapustin.“

„Wie primitiv das alles bei Ihnen ist!“ erwiderte Genosse R. und entschloß sich nur sehr unwillig, mich von Schapowalow im Kapustin umzutauschen.

Es begann schon zu dunkeln, Genosse R. brachte mir eine Decke, wünschte mir gute Nacht und gab mir noch einmal die, wie er meinte, notwendigen Instruktionen. Es war mir verdorben, nicht zu machen, ich durfte nur dann in die Hütte gehen und sie verlassen, wenn ich mich vorher überzeugt hatte, daß mich niemand sehen. Ich ging fort. Ich wickelte mich in die dünne Decke und dachte daran, daß ich weder fingen noch hüften noch nielen, mit einem Wort: nichts machen durfte, was meine Aufmerksamkeit in der Hütte weckte. Ich konnte lange nicht einschlafen, zitterte vor Kälte, vor der die dünne Decke mich nicht schützte. Die Müdigkeit übermächtigte mich aber, und ich schlief endlich ein. In der Frühe, es dämmerte gerade, stand ich auf und ging, ohne mich zu waschen und ohne die Zähne zu putzen, da ich kein Wasser hatte, fort. Von diesem Tag an begann ich Arbeit in den Fabriken zu suchen.

Ich verließ meine Behausung mit größter Vorsicht, ging durch den Wald, über den schmalen Pfad hinunter, dem Wolgauer Promenaden entlang, zu den Fabriken, die zehn bis zwölf Werks von einander entfernt waren. Je länger ich in meiner Hütte wohnte, um so kränker wurde ich. Ich konnte mich in der Frühe kaum vom Lager erheben, so heftig waren die Schmerzen in meinen Beinen. Beim Verlassen der Hütte war mir das Gehen sehr schwer, erst allmählich wurde der Schmerz erträglicher.

Der Weg zu den Fabriken ging durch den Wald. Nachdem ich sechs oder acht Werks, manchmal sogar zehn oder zwölf, gegangen war, erblickte ich zwischen den Stämmen der Nadeln oder Birken die hohen Schächte und die roten Ziegelschächte der Fabriken und die Wohnhäuser der Arbeiter. Zu jener Zeit war die größte Fabrik die Fabrik „Loma“ in zwölf Werks Entfernung von Kineshma.

„Ich hatte aber kein Glück mit dem Arbeitfinden.“

Überall, wohin ich kam, schickte man mich weg. Überall, wo ich lag, mich in die Fabriken als Dreher oder Schloffer aufzunehmen, bekam ich ein und dieselbe Antwort:

„Nein, wir brauchen keine Arbeiter.“

So ging ich von einer Fabrik in die andere. In einigen Fabriken, zum Beispiel in Loma, war ich sogar einige Male hinter einander. Ich ernährte mich von Brot und Tee. Unterm Weg ging ich gewöhnlich in irgendeine Tee-Stube, wo ich Tee trank. Nachdem ich Tag für Tag nicht weniger als vierzig bis fünfzig Bier zurücklegte, fühlte ich, besser gesagt, fühlte ich wie ein Tier, das vom Jäger verfolgt wird, in meine Hütte zurück.

(Fortsetzung folgt.)





# Hakenkreuz ist Papenkreuz

## Hier sprechen die Papen-Nazis

„Kann man sich etwas Gemeineres denken, als andere die Arbeit tun zu lassen und sich dann selbst ins gemachte Bett zu legen?“

(Goebbels im „Angriff“ vom 6. September 1932.)

„Ohne die Vorarbeit Adolf Hitlers säße Herr von Papen heute nicht im Sessel des Reichskanzlers.“

(Sächsische Nazizeitung „Freiheitskampf“ am 29. August 1932.)

„Die feinen Herren reiben sich die Hände und sehen zu, wie wir ihnen den Dreck wegfehen.“

(Goebbels in einer Breslauer Rede am 3. Oktober 1932.)

### Zerissenes Nazi Programm und was daraus folgt

Der amerikanische Journalist Knickerbocker hatte Anfang Oktober eine lange Unterredung mit dem Naziführer Gregor Straßer. Dabei gab Straßer einen Punkt des „unveränderlichen“ Hitler-Programms nach dem anderen preis. Knickerbocker sagt dazu wörtlich:

„Seit aber verlegene Herr Straßer einen großen Teil davon (von dem Programm nämlich, S. Red.), er sich von jedem einzelnen seiner grundlegenden Punkte, erklärte, er habe die Absicht, das Programm zurückzuziehen und anzuschreiben und sagte, er sei eben genötigt gewesen, den Rücktritt von Kollegen anzunehmen, die darauf bestanden hätten, dafür für ihn und an Ideen festzuhalten, die er jetzt als überaltert betrachtet.“

Diese Erklärungen sind bis heute mit keinem Wort von der Nazipresse demontiert worden, sie sind also wahr. Das Hitler-Programm, das bisher mit ein paar sozialistischen Phrasen ausgeschmückt war, um die Massen einzufangen, besteht nicht mehr.

Es ist darum nur logisch, wenn der Leiter der Reichswirtschaftsabteilung der NSDAP, Walther Funk, in einem Referat im Herrenklub Papens erklärte:

„Es ist für die Wirtschaft und den einzelnen Arbeiter besser, wenn mehr Arbeiter zu herabgesetzten Löhnen beschäftigt werden.“

Herr von Papen hat sich die Rede des Nazimannes gut gemerkt. Die Notverordnung vom 5. September verwirklicht dies Naziprinzip vollkommen. Wer für Herabsetzung der Löhne im Programm eintritt, muß in der Praxis zum Streikbrecher werden. Darum organisiert die Naziführer — trotz aller gegenteiligen Redensarten — den Streikbruch in allen Fällen, wo die Arbeiter gegen den notverordneten Lohnabbau streiken.

Als vor einigen Tagen bei der Firma Radio-Lange in Plauen einige Nazis Streikbrecherdienste machten, verlangten andere Naziarbeiter den Ausschluß dieser Streikbrecher aus der Partei. (Die Arbeiter glauben noch an die Ehrlichkeit der Erklärungen Hitlers.) Aber der Fabrikant und Nazi-Gauleiter von Sachsen, Mühlmann, sagte zu diesen Naziarbeitern:

„Ihr seid wohl verriekt geworden?“

Wichtig! Wer glaubt, daß die Nazipartei Streikbrecher anspricht, der muß schon verriekt sein. Mit dem Streikbruch helfen die Nazis der Papen-Schleicher-Regierung, die Notverordnungen durchzuführen. Der Streikbruch ist der beste Beweis dafür, daß die Nazis Papen-Nazis sind!

### Nazi-Trustkönig Thyssen und seine Bankjuden

Die Nazis möchten am liebsten die Juden mit Haut und Haar fressen. Im Hitlerprogramm heißt es ausdrücklich: „Kein Jude kann Volksgenosse sein.“ Aber das bezieht sich nur auf die jüdischen Proleten. Juden mit Geld sind bei den Nazis hoch angesehen.

Das zeigt die Aufsichtsratsliste der „Vereinigten Stahlwerke“, dessen Vorsitzender der Nazi-Trustkönig Fritz Thyssen ist. Thyssen sitzt mit folgenden Bankjuden zusammen im Aufsichtsrat:

- Kurt Martin Sirschland, Bankier in Essen;
  - Henry Nathan, Direktor der Dresdner Bank, Berlin;
  - Motiz Schulze, Direktor der Commerz- und Privatbank, Berlin;
  - Georg Solmsen, Direktor der Disconto-Gesellschaft, Berlin.
  - Otto Feibels, Direktor der Handelsgef., Berlin.
- Das ist die „Judenreinheit“ der Nazis in der Praxis. Millionenreiche Juden arbeiten eng mit Nazi-Kapitalisten zusammen. Es gibt keine Feindschaft zwischen Nazi-Thyssen und seinen Bankjuden. Sie gehören beide zusammen als Säulen des kapitalistischen Ausbeutungssystems.

**Werktätige Nazianhänger, SA- und SS-Proleten! Macht Schluß mit der Partei der Papen-Nazis! Macht Schluß mit der Partei der Notverordnungen und Tribut-Sklaverei! Macht Schluß mit den Beschützern der christlichen und jüdischen Geldschranke! Reicht euch ein in die Front des Massenkampfes gegen faschistische Unterdrückung, in die Front des roten Massenselbstschutzes gegen braunen Arbeitermord! Alle Kräfte für die einzige Freiheitspartei des werktätigen Volkes! Alles für den Sieg der Liste**

# 3

## Sind die Nazis „Sozialisten“?

In ihrer Presse und Agitation machen die Nazis ein großes Geschrei, daß sie die einzig wahren „Sozialisten“ seien. Das ist ein ganz offenkundiger Schwindel. Hier sind die Beweise:

### Straßer schützt die Geldsäcke

„Wir erkennen das Privatigentum an. Wir erkennen unsere Schulden an und unsere Verpflichtung, sie zu zahlen. Wir sind gegen die Verstaatlichung der Industrie. Wir sind gegen die Verstaatlichung des Handels. Wir sind gegen die Planwirtschaft im Sowjetsinne. Wenn wir zur Macht kommen, wird es keine gewaltsamen Änderungen geben.“

(Gregor Straßer zum amerikanischen Journalisten Knickerbocker Anfang Oktober 1932.)

Hier habt ihr schwarz auf weiß, daß die Nazis keine Sozialisten, sondern Retter der Schlotbarone und Krautjunker sind! Aber die Hoffnung der Kapitalistenkralen, daß in Deutschland niemals die Sowjetfahne wehen wird, ist eitel Trug. Die deutsche Arbeiterklasse wird unter Führung der Kommunistischen Partei diesen Traum gründlich zerstören und eine Arbeiter- und Bauernrepublik errichten.

### Nazis als Retter der Ausbeuter

„Ginge der Kampf in Deutschland nur um die Frage Sowjetstern oder Reaktion, so wäre der letzte Reaktionsführer schon längst durch die Kommandos einer deutschen Tschecha an die Wand gestellt und niedergeknallt worden. Lediglich die Tatsache, daß neben Kommunismus und Reaktion heute noch eine andere Front existiert, die jeden Klassenkampf ablehnende deutsche Volksfront Adolf Hitlers, ist der Grund dafür, daß in Deutschland niemals die Sowjetfahne gehißt werden wird.“

(Essener Naziblatt „Nationalzeitung“ am 14. Oktober 1932.)

## Keine Notverordnung ohne Hitler

Einen „Streiweg“ nannte in der letzten Wahlkampagne der Naziminister Röder die NotverordnungsPolitik. Wie wild schreit die Nazipresse jetzt vor den Reichstagswahlen gegen die Papen-Schleicher-Notverordnungen. Aber alles ist Lug und Trug. Ohne die Nazis gäbe es keine Notverordnungen, weder die von Brüning, noch die von Papen und Schleicher. Wir beweisen euch das an Hand der Worte und Taten der Nazis selbst.

### Brüning-Notverordnungen bleiben

Die Nazis bezeichneten die Notverordnungen-Brünings als Verbrechen und Hochverrat am Volke. Aber in Wirklichkeit dachten sie gar nicht daran, diese Notverordnungen zu beistimmen. Am 12. März 1932 erklärte nämlich Adolf Hitler dem amerikanischen Journalisten Knickerbocker wörtlich:

„Ich werde keineswegs sofort alle Notverordnungen der Regierung Brüning zugänglich machen. Und ich werde ebenso wenig sofort erteilen, daß nun der Verfallter Vertrag zerrissen werde.“

Außerdem haben die Naziminister in Thüringen und Braunschweig treu und brav die Brüning-Notverordnungen gegen das Volk durchgeführt.

### Papen-Notverordnungen begrüßt

Als die Papen-Regierung gebildet wurde, da wurde diese Tatfrage von den Nazis begeistert begrüßt. In der ersten Ausgabe, ganz offen unterköpft. Zu den ersten Papen-Notverordnungen, durch die den Erwerbslosen und Rentnern die Unterstützung gekürzt und die Salzsteuer eingeführt wurde, schrieb Goebbels im „Angriff“ vom 25. Juli:

„Innenpolitisch sind eine Reihe von begründungswerten Maßnahmen getroffen worden, die jedoch nur ein gelindes Säuseln des Sturmes sind, der da kommen soll.“

Und der Sturmführer Schulz erklärte bei der Stanbarte IV in Berlin:

„Die Notverordnungen Papens sind ein Teil zur Vereinfachung Deutschlands.“

Da braucht man schon nicht mehr lange zu beweisen, daß ohne die Nazis die Notverordnungen Papens gar nicht hätten durchgeführt werden können.

### Nazis — die Väter der Papen-Notverordnungen

Aber wie steht es mit den neuen Notverordnungen Papens vom 5. September und 3. Oktober, durch die der Lohnabbau verordnet, das Tarifrecht praktisch beseitigt, die Aufhebung aller sozialen Einrichtungen angeordnet wird? Jetzt wird ja Papen angeblich nicht mehr „toleriert“. Aber es ist wie mit den anderen Notverordnungen: ohne die Nazi-Regierungen in Oldenburg, Thüringen, Mecklenburg und Anhalt könnte die Papen-Schleicher-Regierung ihre Notverordnungen nicht durchführen. Die Nazi-Regierungen haben sogar die Erhebung der Bürgersteuer befohlen, obwohl sie dazu in der Notverordnung gar nicht verpflichtet wurden!

Ja, die Nazis rühmen sich sogar als Väter der Papen-Schleicher-Notverordnung über die Einfuhrkontingente. Durch diese Notverordnung werden nicht nur alle Lebensmittelpreise gewaltig in die Höhe getrieben, außerdem wird die Arbeitslosigkeit um Hunderttausende steigen, weil die deutsche Fertigwarenausfuhr fast ganz gebrochelt wird. Als diese Notverordnung bekanntgegeben wurde, schrieb der „Weltliche Beobachter“ unter der Überschrift: „Die wenigen brauchbaren Maßnahmen dem Programm der NSDAP, entnommen“ am 28. September wörtlich:

„Die agrarpolitischen Teilmaßnahmen sind nur dadurch überhaupt ermöglicht, daß die NSDAP, durch ihre Forderung für die Landwirtschaft Siren von Braun den Rücken stärkte.“

Die Nazis rühmen sich also, Väter der neuesten Papen-Notverordnung zu sein. Es bleibt also dabei: ohne die Papen-Nazis gäbe es keine Notverordnungen!



Sonnabend, 22. Oktober 1932.

### Ermittlung in Böllberg geplatzt

Am Freitag vormittag sollte bei dem Bauniederleger Walter in der Hallischen Straße 68 in Böllberg eine Ermittlung durchgeführt werden. Schon am frühen Morgen kamen hier Hunderte von Erwerbslosen vor dem Hause Hallische Straße 68 an. Der Massenandrang der Erwerbslosen war so stark, daß Polizei einsetzt wurde, die mit äußerster Schärfe gegen die protestierenden Erwerbslosen vorging. So zog u. a. der Polizeihauptmannmeister M a b a auch die Pistole. Zwei Arbeiter aus Halle wollten sich gegen den zur Ermittlung vorgehenden Erwerbslosen misshandeln lassen. Die Empörung darüber war so stark, daß die Polizei die beiden unter starkem Schutz nach der Waage bringen mußte.

Durch die Solidaritätsaktion der Erwerbslosen lag sich die Gemeindeverordneten gewannen, die Ermittlung vorzeitig zu unterbinden und den Arbeiter wieder in die Wohnung einzulassen.

### SPD-Bonzen unter sich

In der Nacht vom 13. Oktober zum 14. Oktober waren im Gewerkschaftshaus zu einem Etatabend drei Gewerkschaftsbonzen und ein Schneidermeister von Halle zusammengekommen, der Stat beuerte vor 9 Uhr abends bis 6 Uhr früh. Daran beteiligt waren die aus den freien Gewerkschaften aus Halle bekannten ausgesprochenen Geschäftsführer des Gewerkschaftshauses K l e p p i g, der Vorsitzende des Baugewerkschaften Theodor B r a u n s, einer vom Landarbeiterverband und der Schneidermeister Müller aus der Albrechtstraße. Die Nacht hatte einen traurigen Abschluß gefunden, so daß man den Schneidermeister Müller nach dem Schlafsaal-Krankenhaus bringen mußte wegen einer Verletzung die er am Kopfe erhalten hatte, die ihn aber nicht getötet hätte. Der Geschäftsführer K l e p p i g wollte den Gewerkschaftsbonzen Theodor B r a u n s eins auswichen, hätte aber nicht getroffen. Wie ist das nun gekommen: Der Geschäftsführer K l e p p i g hatte verordnet und auch die Vernehmung des Saufgelagenes K i m m e r, bezüglich der Zusammenkunft zwischen sozialdemokratischen Führern. Bei den Auseinandersetzungen, die in eine Schlägerei ausarteten, nahm der K l e p p i g eine Pistole und wollte den Theodor Braun damit an den Kopf werfen, er traf aber unglücklich Weise den Schneidermeister Müller an den Kopf. Wie schon angeführt, wurde er nach dem Krankenhaus gebracht. Auf die Frage, wie es gekommen sei, sagte er: „Ich bin gefallen!“

Diese Angelegenheit sollte nicht an die Öffentlichkeit kommen, deshalb der Ausspruch: „Ich bin gefallen!“ Gewerkschaftscollegen und sozialdemokratische Arbeiter! Zieht eure Lehren daraus! So wird mit eurem Gelde umgegangen. Schließt euch der roten Einheitsfront an!

### 7 Jahre Zuchthaus für den Löffelklag

Am Donnerstag verurteilte das Hallische Schwurgericht den 24jährigen Schlosser Paul M i l l e r aus Wehmar im Kreise Merseburg wegen vollendeten und versuchten Löffelklages, wegen gefährlicher Körperverletzung und Verletzung gegen das Schutzmassengesetz im letzten Jahren einen Monat Zuchthaus.

M. ist der Sohn des Goldwirts in Wehmar. Wegen seiner Liebe zu einer ehemaligen Hausangestellten der Eltern wurde er von diesen schickte behandelt. Er glaubte, daß einige Freundinnen seiner Schwelger ihn bei seinen Eltern wegen seiner Zusammenkünfte mit dem Mädchen verflüchtigen und bei einem Besuch dieser Freundinnen am 17. Februar d. J. entließ sich sein Anmut, was eine heftige Familienjensei zur Folge hatte. In deren Verlauf stürzte der junge Mann davon und holte aus Kammer und Werkstatt seine zwei Revolver und schoß in dem Schlafzimmer Hinlings umher. Dabei traf er die Mutter von hinten ins Herz, so daß sie in wenigen Minuten verstarb.

Das Gericht verneinte die Anwendung des § 215, der bei Aszendenzschädigung eine Mindeststrafe von zehn Jahren Zuchthaus vorschreibt; es nahm an, daß er im Augenblick des Schusses nicht das Bewußtsein hatte, seine Mutter vor sich zu haben. Die Körperverletzung hat er an seinem Vater begangen; er schlug ihn mit der Säuwaffe auf den Kopf, als er ihn aufhalten wollte.

### Der vierte Selbstmord in einer Woche

So sieht die „Ankurbelung“ aus!

Das Polizeipräsidium meldet: Am 20. Oktober gegen 13.30 Uhr wurde ein 62jähriger Mann in seinem Schlafzimmer erhängt aufgefunden. Der herabgeworfene Verz konnte nur noch den Tod feststellen. Grund zur Tat ist wahrscheinlich längere Krankheit.

„Jüngere Krankheit“? Der Hunger (der kapitalistischen Gesellschaftsordnung) ist die würgende Krankheit, die verzweifelte Proletarier zu solchen Handlungen treibt.

## Formiert die roten Bataillone für die Liste 3

Massenappell des Kampfbandes gegen den Faschismus! — Massenappell der gesamten Hallischen Arbeiterschaft am Sonnabend, dem 22. Okt., und Sonntag, dem 23. Okt., in Halle

**Plan der Veranstaltung!**  
Führertagung der Kampfbundfunktionäre!  
Am Sonnabend, dem 22. Oktober, um 14 Uhr, in Halle, „Gesellschaftshaus“, Leipziger Straße.

**Massenkundgebung des Kampfbandes!**  
Am Sonnabend, dem 22. Oktober, 20 Uhr, in Halle „Thalia“-Saal. Reichhaltiges Programm unter Mitwirkung der Roten Agitatoren. Referent: Erich Behnke (Halle).

**Gegen den Krieg, Hunger und Faschismus!**

# Nazi-Zeugenausfagen genügen!

Ein aufreizendes Urteil gegen parteilosen Arbeiter — Das SPD-„Volksblatt“ gibt seiner Freude über die Nazi-Zeugen Ausdruck

Am Freitag, dem 15. Juli, wollten SA-Standen in Halle das Gewerkschaftshaus stürzen. In derselben Nacht unternahm sie Stürmerläufe auf den „Klassenkampf“. Die Arbeiter wehrten die Überfälle einheitlich ab. Dabei kam es auch zu Zusammenstößen in der Zwingerstraße. Aus dem Saale Zwingerstraße 3 fielen Schüsse, und zwar aus der Wohnung eines Nationalsozialisten. Nach dem damaligen Polizeibericht wurden in der Zwingerstraße 13 Personen — NSDAP- und SPD-Mitglieder verhaftet.

Im letzten Mittwoch fand vor der Dritten Strafkammer in Halle eine Verhandlung statt. Angeklagt wurde dieser Zusammen-

stoß Nagel ein Koppel schlagfertig in der Hand gehalten habe, verweigerte Nagel die Aussage. Danach hat er also bestimmt das Koppel in der Hand gehabt.

Während der Verhandlung war der Nationalsozialist im Gerichtssaal, aus dessen Wohnung in der fraglichen Nacht geschossen worden sein soll.

Ein Schöffe fragte, wie es sich mit dem Schuß verhalte, der aus einem Hause der Zwingerstraße gefallen sei. Hier griff der Beschuldigte ein und gab dem Schöffen die Antwort, dieser Schuß käme gar nicht in Frage.

Der SA-Nagel will mit 10-20 anderen Nazis „von einer Versammlung gekommen“ und dann mit nur 4-5 Nazis in die Zwingerstraße eingebogen sein. Ihm seien 20 Kommunisten und dann nochmals etwa 80 Kommunisten begegnet. Als die 4-5 Nazis zwischen den beiden Trupps gelaufen seien, wären die ersten 20 Kommunisten unangelehrt und auf die Nazis losgegangen. Auf den Ruf „SA hierher!“ seien die Kommunisten ausgeritten, bis auf M., der Nagel geschlagen habe. (1)

Auf Grund dieser Aussage erlief der Staatsanwalt auf gefährliche Körperverletzung und sich den Landfriedensbruch beiseite, weil seiner Ansicht nach „nicht festgestellt werden konnte“, ob M. sich „unter den Kommunisten befand“, die „auf die Nazis losgegangen“ wollten.

Trotzdem erkannte das Gericht auf Landfriedensbruch und fällt das unehrerhörte Urteil.

Kein einziger Nationalsozialist wurde wegen dieser Zusammenstöße angeklagt. Ein vollkommen unbeteiligter, parteiloser Arbeiter wird ins Gefängnis geschickt. Auf ein halbes Jahr. Die Nazis aber waren es, die die Überfälle auf das Gewerkschaftshaus und auf den „Klassenkampf“ vorbereiteten.

Und nun das Unerhörte: Das sozialdemokratische „Volksblatt“ verurteilt den verurteilten Arbeiter. Kein Wort schreibt dieses Blatt zu den Verfassern, obwohl es damals feierlich den Mund aufriß. Darüber, daß der Handlungsmann M. als einziger verurteilt wurde, schreibt das sozialdemokratische „Volksblatt“: „Wohlgemerkt“. Das SPD-„Volksblatt“ verurteilt sogar mit seiner Stellungnahme die SA-Zeugen.

SPD-Arbeiter, was lag ihr hierzu? Werft dieses Klassenverräterische Blatt aus euren Wohnungen.

Wieder ist ein Arbeiter durch Nazi-zeugen ins Gefängnis gebracht worden. Es folgen solche Verurteilungen. Der deutsche Rott M a b a ist u. a. der jetzt aus der Gefängnishaft in Bielefeld, wo er mit dem Genossen Scheringer zusammen eingesperrt war, zurückgeföhrt, sagte:

„Genossen, die Rote Hilfe ist das, was den 8000 verurteilten Proletarier, die in den Gefängnissen sitzen, das Rückgrat hält.“

Beherrzt das, Arbeiter. Stärkt die Rote Hilfe!

## Habt Ihr Forderfahrungen?

**SOFORT BESTELLEN! MÖGLICHT SAMMELAUFRÄGE AUF FENSTERHAMME 80x120 MITABZEICHEN DER ANTIFASCHISTISCHEN AKTION ODER SOWJETERN M. HAMMER UND SICHEL BEDRUCKT, AUF BEIDEN SEITEN SICHTBAR. (1) QUALITÄT (2) QUALITÄT LIEFERUNG PER NACHNAHME-SOFORT BESTELLEN! BERLIN SOLO-KÖPENICKERSTR. 105**

## SPORTHAUS FICHTE G.M.B.H.

füße war ein parteiloser Arbeiter wegen „Landfriedensbruch“ und schwerer Körperverletzung. Als Befugniszeugen waren durchweg Nationalsozialisten anwesend. Urteil gegen den Arbeiter: sechs Monate Gefängnis!

Der Angeklagte, der Handelsmann Hans K a d w i t z, traf, als er an jenem Abend nach Hause gehen wollte, in der Zwingerstraße auf Nazis. Er hörte Gern und Rufe und die Schüsse der Nazis. Als schließlich noch die Polizei kam, wollte er fortlaufen, um nicht in das Gemenge hineingezogen zu werden. Dabei blieb er auf den Knien des Christofor, der hinter ihm. Der Arbeiter wurde sofort von der Polizei festgenommen.

Der Maximian M a g e l behauptete unter seinem Eid, daß er M. erkannt habe, wie der „auf den SA-Studenten einwirkend und auch ihn selber geschlagen habe“. Auf die Frage des Vorsitzenden,

# „Ihr seid doch aus Idealismus zum Arbeitsdienst gekommen!“

So wurden Arbeitsdienstler verhöhnt als sie gegen den Lohnabzug protestierten

(Sünderarbeiterkorrespondenz vom Arbeitsdienstlager Z r a h o)

Die Jugendlichen im Arbeitsdienstlager Trafo waren auf 20 Wochen eingeteilt. Sie wurden verpflichtet, einen gewissen Arbeitssatzung zum Besitze von 6,80 M. zu nehmen. Bezahlt sollte er in wöchentlichen Raten werden. Bisher waren 80 Pf. abgezogen. Jetzt sind die Jugendlichen aber plötzlich alle entlassen worden — an g e b l i c h, weil der weitere Schulbesuch noch nicht befristet ist, in Wirklichkeit, weil sie den Leitern zu fleißigbewußt waren. Der restliche Betrag für den Anzug (4,80 M.) ist jetzt auf einmal abgezogen worden. Die Jugendlichen erhielten also zuletzt 16 M. für 8 Tage (pro Tag 2 M.). 1,20 M. gingen ab für Verzeugsabnutzung, Raffe usw. 4,90 M. gingen ab für den Anzug. 9,90 M. wurden den Jugendlichen ausgezahlt. Selbstverständlich waren die Kollegen über den auf einmal durchgeführten Abzug von 4,90 M. für den Anzug aus höchster Empörung. Eine Delegation von 14 Mann zog zur Jugendverfährte, Hauptmann M a t h n war nicht da, nur der Vertreter Band. Die Jugendlichen verlangten, daß der Anzug zurückgegeben wird, und daß die 5,80 M. wieder ausgezahlt werden. Band erklärte, die Jungarbeiter seien doch aus Idealismus zum Arbeitsdienst gekommen, wogegen die Jungarbeiter einwandten, sie seien nicht aus Idealismus, sondern weil sie dazu gezwungen waren, zum Arbeitsdienst gegangen.

Auszahlung in den Arbeitsdienstlagern Halle unter Polizeiaufsicht!

Bei der Auszahlung im Arbeitsdienstlager Ransbach am vergangenen Mittwoch war ein Gendarm aus Ransbach anwesend. Außerdem hatte der Meister der Baustelle einige „zuverlässige“ Nazis zum „Schutz“ heraufgeholt. Als die Arbeitsdienstler auf der Baustelle gegen 11 Uhr ihr Geld holten, war in der Baubude ebenfalls ein Schupo anwesend. Zunächst einen die Meister,

daß die Arbeitsdienstler sich die Abzüge selbst aus der Kasse zu rückholten?

Arbeitsdienstlager auf dem Flugplatz!

Wie uns mitgeteilt wurde, wird am 1. November auf dem Gelände des ehemaligen Militärflugplatz ein Arbeitslager des freiwilligen Arbeitsdienstes eingerichtet. Träger der Arbeit ist das Finanzamt. Es sollen dort die Bundesmänner der ehemaligen Flugzeugfabrik plantiert und die Beschäftigten herangezogen werden. Die Jugendlichen sollen in einem Speicher schlafen. Kipploren sind bereits angefordert worden.

Die letzten Vorgänge in den Hallischen Arbeitsdienstlagern wirkten auf die gesamte Jungarbeiterbewegung alarmierend. Der Kampf gegen den schicksalhaften Arbeitsdienst muß immer größere Formen annehmen. Die herrschende Klasse hat die Arbeitsdienstlager geschaffen als Stätten der Faschisierung und Militarisierung der Arbeiterjugend. Macht ihr einen Strich durch die Rechnung! Zeigt den Arbeitsdienstlern den Weg!

## „Sowjet-Filme laufen weiter!“

Die großartigen Sowjetfilme „Treffpunkt“ und der „Weg ins Leben“, Helen in den vier Sprachen in beiden Theatern — „Kaffee“ und „Edison“ — vor ausserordentlichen Säulen und machen, unterführt durch die Fotofabrik der Arbeiterfotografen „Zwei Welten“, tiefen Einbruch. Diese Aufführungen bedeuten einen neuen Sieg der Sowjetfilme über die Scholastik der Burgener-Klasse. Wegen der fortwährenden Nachfragen laufen die Filme im „Edison“ nach Sonnabend und Sonntag Beginn jeweils 20.10 Uhr. Die Fotofabrik „Zwei Welten“ wird ab heute in den Stadtheater gezeigt, und zwar zunächst bis 23. Oktober einsehr, im „Volkspar“ (Kolonnade). Täglich geöffnet von 12-21 Uhr.

## Foto-Ausstellung der Arbeiter-Fotografen „Zwei Welten“

Vom 21.-23. Okt.: „Volkspar“ (Kolonnade) von 12-21 Uhr. Vom 24.-27. Oktober: Restaurant Wehrich, Böllberger Weg, von 12-21 Uhr.

Vom 28.-30. Oktober: Restaurant „Coel“ Hof, Merseburger Straße, von 12-21 Uhr. Vom 31. Oktober bis 3. November: Restaurant Nottrutz, Antverfährstr., von 12-20 Uhr.

Weihnachts-Rückfahrkarten. Weihnachtsrückfahrkarten werden auch in diesem Jahr mit verlängerter Gültigkeit, maßgebend vom 21. Dezember bis 9. Januar ausgegeben.

## Der letzte Termin

zur Einschnahme in die Wählerlisten ist am Sonntag, dem 23. Oktober. Ohne Eintragung in die Wählerliste kein Wahlrecht! Jeder muß deshalb Einsicht nehmen. Es kommt auf jede Stimme an!

Radfahrer! Simli. Fairradbedarf. Gummi-Bieder





Sonnabend, 22. Oktober 1932.

### Aus einer Gemeinde mit SPD-Mehrheit!

H. A. Dobris. Ein sozialdemokratischer Arbeiter überfand nachstehenden Bericht, dessen Veröffentlichung der „Reicher Volksbote“ verweigert hatte.

Wiederholung der bisher bezogenen Wohlfahrtsunterstützung, bis der beim Bezirksfürsorgeverband in Weiffen eingelegte Einspruch geregelt wäre.

Mit der Annahme dieses Antrages hätte die Gemeinde bis zu der Entscheidung wöchentlich ganze 370 Mark mehr zu bezahlen gehabt.

Zusätzlich zur Gemeindevorsteherin und drei andere Vertreter der SPD für den Antrag einigten.

Ein Bürgerlicher hatte sich die Stimme erhalten und drei Sozialdemokraten hatten sich für Ablehnung entschieden.

Es ist verständlich, daß der Zehner Abgaben die Aufnahme des Berichtes verweigerte. Es spiegelt sich ja darin wider, weshalb ein erbärmlicher Kampf unter den SPD-Funktionären selbst im Gange ist.

Es ist verständlich, daß der Zehner Abgaben die Aufnahme des Berichtes verweigerte. Es spiegelt sich ja darin wider, weshalb ein erbärmlicher Kampf unter den SPD-Funktionären selbst im Gange ist.

### Uns alle drückt die gleiche Not

Landarbeiter, Wohlfahrtsempfänger, Ausgebettete vom Bezirk Loranau! Auf Grund der obigen Ausführungen dürfte ich mich veranlaßt, noch einiges mitzuteilen.

Der Winter liegt vor der Tür, die Erwerbslosen fressen und haben keine Kohlen zum Heizen und hier auf den Ruhrbezügen liegen tausende Töchter ausgehakt, mit Stachelbart umgürtet und bewaffnete Wächter daneben.

Deshalb rufe ich euch zu, Landarbeiter und Ausgebettete, kämpft gemeinsam mit uns Arbeitlosen für den Kommunismus, für ein sozialistisches Deutschland. Kämpft für den Sieg der Rote Hilfe 3 am 6. November!

### Litobanner, Alarm des Bezirks Halle-Merseburg!

hat begonnen. In diesen Tagen erscheinen unsere neuen Wahlprospäre. Jede Ortsgruppe, jeder Litobann muß sofort auf nachfolgendem Bestellzettel seine Bestellung aufgeben:

1. „Für Arbeiter und Bauernrepublik“
2. „Wie und warum der Reichstag aufgelöst wurde“
3. „Was von Hitler“ (von ehemaligen Nazis geschrieben)
4. „Mann und Wahn“
5. „Unter dem Banner der Standgerichte“
6. „Der Verrat von Hamburg und seine Lehren“
7. „Bauernkampf gegen Bauern!“
8. „Von Juden und Märdern“

Alle Genossen und Ortsgruppen, die ihre Bestellung nicht aufgeben, werden von uns bestraft, und haben dann keine Möglichkeit, sich darüber zu beschweren, daß sie zuviel oder zuwenig erhalten haben.

### Jede Stimme zählt!

Deshalb sichere dein Wahlrecht! Nehmt Einsicht in die Wählerlisten, die in allen Ortsteilen in den Tagen vom 16. bis 23. Oktober ausliegen!

## Rote Versammlungswelle in Mitteldeutschland

Sonnabend, den 22. Oktober

- Ludena öffentliche Versammlung 20 Uhr. Referent: W. Knoche.
- Wolferode öffentliche Versammlung 20 Uhr. Referent: K. Kungel.
- Großschrehau öffentliche Versammlung 20 Uhr, 1932 Mansfeld.
- Polzig öffentliche Versammlung 20 Uhr. Referent: Adelmann.
- Lichtenburg öffentliche Versammlung 20 Uhr. Referent: Raible, Berlin.
- Ogltitz öffentliche Versammlung 20 Uhr. Referent: Heinz Dito.
- Eltzerwerda öffentliche Versammlung 20 Uhr. Referent: Marie Ahlers, W. d. R.

- Znaich öffentl. Versammlung 20 Uhr. Referent: G. Käse.
- Serbitz öffentl. Versammlung 20 Uhr. Referent: E. K. n. e. r.
- Wolteritz öffentliche Versammlung 20 Uhr. Referent: Franz Franke.
- Nordhausen öffentliche Versammlung 20 Uhr. Referent: Walter Duddins, W. d. R.
- Nellich öffentliche Versammlung 20 Uhr. Referent: G. i. e. r. i. c. h.
- Wilsleben öffentliche Versammlung 20 Uhr. Referent: W. i. n. i. d.
- Lützen öffentliche Versammlung 20 Uhr. Referent: Hans Werner, W. d. R.

Sonntag, den 23. Oktober

- Teufenthal öffentliche Versammlung 20 Uhr. Referent: Stolt, Berlin.

## Renegat Scheibe erhält proletarische Abfuhr

Hinweg mit den Feinden des Proletariats aus den kommunalfunktionen — Wählt alle Liste 3!

Der frühere kommunistische Gemeindevorsteher Scheibe in Jägerndorf, hat sich als ein ganz besonders arbeitserfindliches Element entpuppt. Bisher gab er sich immer den Anschein, als ob er durch seine Position die Interessen der arbeitenden Einwohner vertrete.

Alle opportunistischen Handlungen der kommunistischen Gemeindevorsteher, die in ihren Auswirkungen sich gegen die Arbeiterschaft richten, sind auf das Konto des Renegaten Scheibe zu buchen.

Scheibe, der an der Funktion des Gemeindevorstehers steht wie die Axt an einem Baum, ist das ausführende Organ der Politik des sozialdemokratischen Landrates

Der größte Teil von ihnen glaubt, daß dies eine proletarische Kommunalpolitik sei, wenn sie die Position des schwächsten Widerstandes gegen die arbeitserfindlichen Verfügungen der Regierung und des sozialdemokratischen Landrates beziehen oder ganz und gar kapitalisieren, um nur den Etat der Gemeinde auszubalancieren zu lassen.

Scheibe glaubte seine Handgreiflichkeiten vermeiden zu können, da er auf die Unterstützung der Mitglieder der „Einigkeit Front“ — die am Abend in der Gaststätte verammelt waren — des Wirtes und seiner Söhne und obendrein der Landjäger reisierte.

Scheibe glaubte seine Handgreiflichkeiten vermeiden zu können, da er auf die Unterstützung der Mitglieder der „Einigkeit Front“ — die am Abend in der Gaststätte verammelt waren — des Wirtes und seiner Söhne und obendrein der Landjäger reisierte.

Scheibe glaubte seine Handgreiflichkeiten vermeiden zu können, da er auf die Unterstützung der Mitglieder der „Einigkeit Front“ — die am Abend in der Gaststätte verammelt waren — des Wirtes und seiner Söhne und obendrein der Landjäger reisierte.

Scheibe glaubte seine Handgreiflichkeiten vermeiden zu können, da er auf die Unterstützung der Mitglieder der „Einigkeit Front“ — die am Abend in der Gaststätte verammelt waren — des Wirtes und seiner Söhne und obendrein der Landjäger reisierte.

Bei allen Angriffen, die wertvolle Einwohner gegen die arbeitserfindliche Gemeindepolitik erhoben, wandte Scheibe ein, daß er nur die Interessen der Proleten vertrete, und wenn er anders handele, würde ein kommunistischer Gemeindevorsteher eingeleitet.

Im vergangenen Sonnabend ist endlich Scheibe reiflos entlassen worden in seiner politischen Haltung. Nach dem Verlassen Scheibe hinterließ in seiner Funktion eine Disziplin, in der der parteilose Erwerbslosenausführenden S. die Sammelblase der Gemeindepolitik aufstach.

„Mit der Politik der SPD im Reiche bin ich einverstanden, aber nicht mit der Politik der kommunistischen Gemeindevorsteher an unserem Orte, die mit dem Gemeindevorsteher Scheibe in die Luft dünn gehen.“

Nachdem schiederte der Disziplinordner, ein erwerbsloser Kriegsbeschädigter, kommunalpolitische Vorgänge, die einfach einen einzigen Standart darstellen.

Scheibe hinterließ in seiner Funktion eine Disziplin, in der der parteilose Erwerbslosenausführenden S. die Sammelblase der Gemeindepolitik aufstach.

Wie alle Renegaten, so verübt auch Scheibe die kommunistischen Funktionen als Gemeindevorsteher politisch zu formulieren, was ihm auch gelungen ist.

Wie alle Renegaten, so verübt auch Scheibe die kommunistischen Funktionen als Gemeindevorsteher politisch zu formulieren, was ihm auch gelungen ist.

Scheibe glaubte seine Handgreiflichkeiten vermeiden zu können, da er auf die Unterstützung der Mitglieder der „Einigkeit Front“ — die am Abend in der Gaststätte verammelt waren — des Wirtes und seiner Söhne und obendrein der Landjäger reisierte.

Scheibe glaubte seine Handgreiflichkeiten vermeiden zu können, da er auf die Unterstützung der Mitglieder der „Einigkeit Front“ — die am Abend in der Gaststätte verammelt waren — des Wirtes und seiner Söhne und obendrein der Landjäger reisierte.

Scheibe glaubte seine Handgreiflichkeiten vermeiden zu können, da er auf die Unterstützung der Mitglieder der „Einigkeit Front“ — die am Abend in der Gaststätte verammelt waren — des Wirtes und seiner Söhne und obendrein der Landjäger reisierte.

Scheibe glaubte seine Handgreiflichkeiten vermeiden zu können, da er auf die Unterstützung der Mitglieder der „Einigkeit Front“ — die am Abend in der Gaststätte verammelt waren — des Wirtes und seiner Söhne und obendrein der Landjäger reisierte.

Scheibe glaubte seine Handgreiflichkeiten vermeiden zu können, da er auf die Unterstützung der Mitglieder der „Einigkeit Front“ — die am Abend in der Gaststätte verammelt waren — des Wirtes und seiner Söhne und obendrein der Landjäger reisierte.

Scheibe glaubte seine Handgreiflichkeiten vermeiden zu können, da er auf die Unterstützung der Mitglieder der „Einigkeit Front“ — die am Abend in der Gaststätte verammelt waren — des Wirtes und seiner Söhne und obendrein der Landjäger reisierte.

Scheibe glaubte seine Handgreiflichkeiten vermeiden zu können, da er auf die Unterstützung der Mitglieder der „Einigkeit Front“ — die am Abend in der Gaststätte verammelt waren — des Wirtes und seiner Söhne und obendrein der Landjäger reisierte.

## Mes um ein paar Mandeln Getreide

Wie ein Landjäger einen Landfriedensbruch-Prozess konstruieren wollte — hatte Gefängnisstrafen werden verhängt

Von der 1. Strafammer in Halle wurde am Dienstag vier erwerbslose Arbeiter in Adelsfeld wegen Mordung und Widerstands gegen die Staatsgewalt verurteilt, und zwar der Arbeiter Reichel zu 6 Monaten, die Arbeiter Eiler und Zauer zu je 2 Monaten und der Zimmerer Fuchs zu 3 Monaten Gefängnis.

Die verurteilten Arbeiter wohnen mit 23 anderen Familien zusammen in dem Gebäudekomplex der alten Flugzeugwerke, die zwischen Leipziger, Lindenthal und Adelsfeld liegt.

Das war am 17. August 1932. Daß die Arbeiter diese unehrliche Hausmischung nicht so ruhig über sich ergehen ließen, wie es wohl der Landjäger angenommen hatte, ist selbstverständlich.

Mus diesen einleitenden Worten werden schließlich Drohungen des Landjägers, R. sowie die anderen Erwerbslosen gingen auf Landjäger und Flurhüter zu, die sich langsam nach der Straße zurückzogen, mit dem Revolver in der Hand, denn sie fürchteten ja einen tätlichen Angriff der Wache.

Da sich diese Tat in einem unfriedeten Komplex abspielte, mußte sogar der Staatsanwalt die Anklage wegen öffentlicher Zusammenrottung in Verbindung mit § 2 der Rotenverordnung vom 9. 8. 1932 stellen lassen.

Der Begriff der Öffentlichkeit mußte schon deshalb fallen, weil die Wohnungen der Erwerbslosen nur zwei Ausgänge nach der Chaussee zu haben und sich dort nur die Menschen befanden, die hier wohnten.

Der Begriff der Öffentlichkeit mußte schon deshalb fallen, weil die Wohnungen der Erwerbslosen nur zwei Ausgänge nach der Chaussee zu haben und sich dort nur die Menschen befanden, die hier wohnten.

Deshalb sichere dein Wahlrecht! Nehmt Einsicht in die Wählerlisten, die in allen Ortsteilen in den Tagen vom 16. bis 23. Oktober ausliegen!





# Drei Streikwochen gegen Papen-Kurs!

## Die Einheitsfrontaktion führt zum Erfolg — Streik, Streikbeschlüsse, Streikmobilisierung zwingt die Unternehmer zum Nachgeben Schwankende Haltung und Bürokratenverrat hilft Papen und der Kapitalistenklasse — Für alle Arbeiter gibt es gegen Lohnabbau und wachsendes Elend nur eine Lösung: Einheit, Streik, Sieg!

### Ein frischer Luftzug zieht durch die deutsche Arbeiterbewegung...

Sunderle und aber Hunderte von Betrieben standen in den letzten drei Wochen in Streiks und Kampfbewegungen. Und in Tausenden von Betrieben reißt der Widerstandswille zur Tat. Die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse steigert sich zu proletarischen Einheitsfrontaktionen gegen den Klassenfeind. Die Pyramide der reformistischen Argumente gegen die Streikfähigkeit der Arbeiterklasse ist in sich zusammengebrochen. Die „Schwarte“, in der Streik kann man nicht streiken“, hat elend Schiffbruch erlitten!

Die Aufstellung mahnt die Arbeiter in allen Betrieben immer wieder, jeden Lohnabbau mit Streik zu beantworten und die Streikfahne gegen den Klassenfeind immer fester, mutiger und durchschlagender anzuwenden. Die Streikfähigkeit.

### Papierfabrik Königsmühle, Merseburg

Die Werksleitung der Merseburger Papierfabrik (Königsmühle) brachte einen Antrag heraus, als Montag, den 18. September, die Löhne um rund 5 Prozent „ermäßigt“ werden müßten. Der Unternehmer betonte, daß er dem Lärm sein keine Einigung erzielt worden sei und daß er deshalb nicht anders könne, als die geforderte Belegschaft nach einer niedrigeren Dreistufigkeit zu entlassen. Die Belegschaft erwiderte, daß sie die Forderungen der Kollegen der Königsmühle, dieses Diktat mit dem Streik zu beantworten, der Unternehmer wolle zurück. Der Lohnabbauangriff war durch proletarische Einheitsfront abgeschlossen. Die Gewerkschaftsbürokratie bemüht sich, den Erfolg der Belegschaft als ihren Erfolg hinzustellen. Einige Wochen später hat der Fabrikarbeiterverband in aller Stille eine Vereinbarung getroffen, die die Belegschaft in eine niedrigere Dreistufigkeit zugehen neue Kampfziele gesetzt wurden, war der Lohnabbau per se!

### Asphaltparker, Baustelle Weissenfels

Durch Fertigstellung der Arbeit wurden acht Kollegen der deutschen Asphaltparker-Gesellschaft, Baustelle Weissenfels, wegen Arbeitsmangel entlassen. Als sie Geld holen wollten, war „keins vorhanden“. Sie mußten über eine Stunde warten. In dieser Zeit führte die Belegschaft eine Demonstration durch und forderte die sofortige Auszahlung des Geldes an die acht Kollegen, Bezahlung der Wartezeit und Behebung eines Wegstundes. Die Belegschaft weigerte sich, die Arbeit vor Bezahlung dieser Forderungen aufzunehmen. Der Unternehmer gab nach, die Forderungen wurden reiflos bewilligt!

### Weiterer Streikerfolg der Asphaltparker!

Die Deutsche Asphaltparker-Gesellschaft, Baustelle Weissenfels, zahlte ihren Arbeitern den Lohn nur teilweise aus und zwar 45 Stunden. Durch die Eigenart des Betriebes wurden einige Stunden länger gearbeitet. Die restlichen Stunden mußte die Firma erst bei Fertigstellung der Arbeit ausbezahlen. Die Belegschaft verlangte sofortige Auszahlung des Lohnes für alle gearbeiteten Stunden. Am Sonnabend, dem 17. November, mittags 12 Uhr, trat die Belegschaft in den Streik. Zwei Naziproleten streikten mit. Am Montag, dem 19. Oktober, ging der Streik weiter. Gewerkschaft wurden vermittelt, die sich aber mit den Streikenden solidarisierten.

Die Firma mußte abermals nachgeben. Sie zahlte am Montag die Löhne nach und bezahlte auch die Streikstunden. Die Belegschaft führte auf Grund dieses Erfolges eine Sammlung für die Rote Hilfe durch!

### Möbeltransporter verhindern Lohnabbau!

Die Sächsischen Möbeltransport-Unternehmer veranlassen die Stundelöhne der Möbeltransportarbeiter von 85 auf 75 Pfennig zu senken. Auf Initiative der RGO wurde eine Demonstration der Möbeltransporter durchgeführt und eine Kommission gewählt, die den Unternehmern die Forderungen überbrachte: Weiterzahlung des alten Lohnes, Nachzahlung dort, wo der Lohn bereits gekürzt wurde (das war bei einer Firma bereits der Fall).

Als die Unternehmer hörten, daß sofort die Arbeit niedergelegt wird, erklärten sich sämtliche sächsischen Transportunternehmer bereit, die alten Löhne in Höhe von 85 Pfennig die Stunde weiters zu zahlen. Der Kampferfolg hat den Einfluß der RGO unter den sächsischen Möbeltransportarbeitern vergrößert.

### 800 Weissenfeler Schuharbeiter streiken!

Die Weissenfeler Schuhindustriellen verließen auf Grund der Papen-Notverordnung Betriebsmehle die Löhne zu senken. In den verschiedenen Betrieben kamen Ausgänge am schmerzhaften Bett heraus. Durch die RGO wurde die Frage des Streikes in einer Tagung der Betriebsräte aufgeworfen und die Streikfahne über alle geführt. Dieser trat die Belegschaft der Firma Wilmshorn (Kampfer) in den Streik. Dann die Kollegen der Firmen Reich, Benz und Hoff. Gewerkschaft lösten Streikbeschlüsse ab. Die Unternehmer legten durch das Weissenfeler Amtsgeschäft eine einheitliche Erklärung, das heißt praktisch ein „Streikverbot“ gegen die Schuharbeiter durch.

Eine Verschärfung des Kampfes war die Antwort. Die Bürokratie ließ auf dem hohen Fiebert die Arbeiter von Weissenfels als solche zu einem gerichtlichen Vorgehen juristisch nicht berechtigt waren. Die Unternehmer waren angeht der Bestimmung des Streikes bis in der Klemme. Die kämpfende Einheitsfront der Schuharbeiter hat sie nach hartnäckigem Kampf bezwungen, nachzugeben und die Belegschaften zu den alten Arbeitsbedingungen wieder einzuführen.

Die Gewerkschaftsbürokratie brachte die Weissenfeler Schuhproleten um den vollen Erfolg, indem sie mit den Unternehmern ohne Kampf Isch für Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich (!). Die Gewerkschaftsbürokratie half somit, die erste Etappe der Papen-Notverordnung in den Weissenfeler Schuhbetrieben durchzuführen!

### Kampfbereitschaft im Stickstoffwerk Piesteritz!

Die Werksleitung des Stickstoffwerks Piesteritz teilte den Betriebsräten mit, daß die Gesamtbelegschaft bis zum 15. Oktober um 250 Mann vermindert werde und daß sich dann ein Lohnabbau von

der 31. Arbeitsstunde ab um zirka 30 Prozent notwendig mache. Umgerechnet ein Lohnabbau von 5 bis 74 Pfennig pro Stunde! Nach Bekanntwerden der Pläne der Werksleitung wurde die Kampfstimmung im Betrieb derartig, daß die Werksleitung bis zum heutigen Tage von jeder Konsequenz Abstand genommen hat. Obwohl die Gewerkschaftsbürokratie wie die Brandherren wissen, was die Glocke geläutet hat. In der Belegschaft herrscht nur eine Meinung vor: Jeder Ausweg an „schwarzen Bett“, der einen Lohnabbau verändere, wird mit Kampf beantwortet!

### Der Streik verhindert Maßregelung!

Beim Straßenbau Cröllwitz 231a beschloß eine Steinsechunternehmer von Drieh 52 „Wohlfahrts“-erwähltes. Eines Tages entließ er einen Arbeiter wegen „ungenügender Leistung“. Sämtliche Arbeiter mußten, der Schlag galt ihnen. Der Unternehmer wollte durch die Entlassung alle übrigen Proleten einschüchtern, um die Arbeitererei zu verhindern.

Die Belegschaft trat geschlossen in den Streik und forderte Wiedereinstellung des entlassenen Kollegen. Der Unternehmer war gezwungen nachzugeben. Der Arbeiter wurde wieder eingestellt und die halbtagige Streikzeit wurde der gesamten Belegschaft bezahlt!

### Kampfmobilisierung im Mansfelder Land!

Die Mansfeld-Böhrge im Kupferbergbau hatten gleichfalls mit Ablauf des September eine große Offensive eingeleitet. Sie forderten

# Du bist streikbereit Du wählst Liste 3

ten eine Herabsetzung des Lohnes von 12 Prozent und einen Abzug des Urlaubes in Höhe von 20 Prozent und außerdem Einführung des Krümpersystems im ganzen Mansfelder Bergbau. Den streifen Verbot der Mansfeld-Böhrge beantwortete die RGO mit einer Mobilisierung der Mansfeld-Betriebe. Durch das Aufstellen der Kampffrage durch die RGO wurde die Kampfstimmung. Die Polizei in Giesleben führte einen Verwahrlosungsleiter logar mitgeteilt: „Wenn zum Streik aufgefordert wird, lösen mit der Versammlung aus“ (!).

Die Gewerkschaftsbürokratie forderten zum Nichtbesuch der öffentlichen Versammlung auf. Sie hatten nur zum Teil damit Erfolg. Auf einer Schanddelegiertenkonferenz berichteten vor allem parteiliche und Nazidelegierte von der wachsenden Kampfstimmung im Betrieb.

Die Mansfeld-Böhrge nahm angeht dieser Stimmung keine Senkung der Löhne vor. Sie begnügte sich mit Hilfe des Betrugs der Gewerkschaftsbürokratie vorläufig mit der Einführung von drei Krümpersystemen in zwei Betrieben und der Senkung des Urlaubsgeldes um 20 Prozent. Die Durchführung des Kampfes hätte jeden Lohnabbau und jede Urlaubsverschönerung verhindert.

### Streikbeschuß der Hallischen Holzarbeiter!

Die Belegschaft der Holzverarbeitungs-Firma Sante, Halle, hat durch einen Streikbeschuß die Zurücknahme eines Lohnabbau-diktates erzielt. Der Unternehmer forderte eine Lohnsenkung nach der 31. Arbeitsstunde in Höhe von 50 Prozent. Die Gewerkschaftsbürokratie erklärte, eine Sanction des Streikes durch den Verband würde nicht in Frage kommen. „Wir hätten die Streikenden höchstens durch Anwesenheit unterstützen können.“ Wir sind an die Tarifbestimmungen gebunden.“ Damit drückte die Bürokratie ihre Einverständnis mit der Durchführung der Papen-Notverordnung aus.

Der Streikbeschuß hat der Belegschaft gezeigt, daß sie sich auf ihre eigene Kraft verlassen kann!

### Streiksiege mitteldeutscher Bauarbeiter!

Weissenfels. Die Firma Otto Hoffmann, Weissenfels, hatte auf drei Baustellen betankelnden lassen, daß auf Grund der Notverordnung ein Lohnabbau von der 31. Arbeitsstunde an in Höhe von 50 Prozent durchgeführt werden müßte.

Unter Führung des roten Bauarbeiterverbandes Weissenfels erganz die Belegschaft einen präzisigen Kampferfolg. Das Einstellen der Arbeit für kurze Zeit zeigte, die Zurücknahme des Lohnabbau-diktates zu erzielen. Der alte Lohn wurde weitersgezahlt.

### Piesteritz!

Die Belegschaft der Firma Karl Gallander in Piesteritz, Baustelle Neumühlweg, hatte einen neuen Betriebsratsvorsitzenden gewählt. Der Unternehmer wollte den alten Betriebsratsvorsitzenden behalten. Er erklärte: „den neuen Betriebsrat erkenne ich nicht an.“ Der neue Betriebsratsvorsitzende kimmerte sich dessenungeachtet um die Interessen der Belegschaft. Der Unternehmer zog ihm dafür „für verlaulene Wege“ vier Stunden ab.

Die Belegschaft in alle 20 Minuten! Der neue Betriebsratsvorsitzende wurde vom Unternehmer anerkannt und die vier „verlaulene“ Stunden wurden zurückgezahlt!

### Die Papierfabrik Halle-Cröllwitz!

Den zweiten Versuch in der Papierindustrie machte die Werksleitung von Halle-Cröllwitz, nachdem die Merseburger Papierfabrik den ersten Vorstoß vergeblich machte. In Halle-Cröllwitz sollten in der Rohstoffabteilung die Löhne von der 31. Arbeitsstunde um 50 Prozent gekürzt werden. 96 Arbeiter dieser Abteilung wurden davon betroffen. Die Stimmung im Betrieb war derartig für Kampf, daß der Gewerkschaftsrat Ernstmann aus der Verwahrlosung verschwinden mußte (!). Der Lohnabbau nach Notverordnung wurde nicht durchgeführt,

jedoch wurde mit Hilfe der Bürokratie die Arbeitszeit verkürzt. Der Fabrikarbeiter-Verband vermittelt der Papierfabrik Arbeitskräfte und erklärt sich mit der Wiederentlassung dieser neu eingestellten Arbeiter einverstanden, wenn diese im Betriebe nicht einschlagen (!). In der Belegschaft werden auf jeden Kampfschritt laut, die die Aufnahme des Kampfes für Lohnherabsetzung fordern!

### Der Pflichtarbeiterstreik in Dürrenberg!

In Dürrenberg, Kreis Merseburg, streikten am 6. und 7. Oktober zirka 100 Pflichtarbeiter. Der Gemeindevorsteher hatte die zügliche Unterfertigung, die 25 Pfennig pro Stunde ausmacht, abgelehnt. Außerdem forderte er von den Erwerbslosen, daß sie die bereits von der Gemeinde erhaltene zügliche Unterfertigung abzugeben hätten. Ein Kampfausgang von 22 Personen wurde gemacht, darunter ein großer Teil sozialdemokratischer Kollegen. Der Kampf brachte einen vollen Erfolg. Die zügliche Unterfertigung in Höhe von 25 Pfennig wird weitergezahlt, außerdem wird Arbeitskleidung geliefert!

### Der Streik im Papen-Betrieb Torgau!

Die Belegschaft der Firma Billerow & Söhne, Keramikische Werte, AG, in Torgau, ein Betrieb, an dem die Familie des Reichsfiskus von Papen stark finanziell beteiligt ist, trat am 7. November in den Kampf. Die 900 Mann starke Belegschaft stand in geschlossener Front. Zwei Naziproleten streikten mit. Die Naziproleten und Freigewerkschaftler ließen mit in der Streikführung. Mehrere Male veruchte die Bürokratie vergeblich, die Streikfront zu zerlegen. Von Berlin und Magdeburg herbeigelebte Bürokraten mußten unerbittlicher Dinge wieder ablassen.

Ohne Wissen der Belegschaft und der Streikleitung schlossen, als die Streikfront gar nicht wollte, Nam die Bürokraten einen niedrigen Betratspakt mit dem Unternehmer ab, der die Belegschaft völlig umschichtete, Hunderte von Arbeitern auf das Straßenplattewieft, den Lohnabbau im Sinne der Unternehmer durchführt und die Papen-Notverordnung in diesem Papen-Betrieb völlig zur Durchführung bringt!

Naziproleten fanden mit in der Streikfront! Naziführer wirkten in den kritischsten Stunden zersend und forderten die Belegschaft auf, wieder in den Betrieb zu gehen!

Die Streikarbeiter von Torgau erklären jetzt, nach dem Kampf fest einmütig: Die RGO hat alles getan, was sie in diesem Kampfe tun konnte. Wir wissen, daß wir von den Gewerkschaftsführern verraten und von den Naziführern im Sidie gelassen wurden!

### Die Zeitzer Allgemeinindustrie!

Die Firmen Gärtner und Räther in Zeitz wollten einen Lohnabbau auf Grund der Papen-Notverordnung durchführen. Die Firma Gärtner brachte einen Lohnabbau-Antrag heraus. Dieser Antrag wurde auf Grund der Kampfstimmung der Belegschaft wieder vom schmerzigen Bett entfernt!

Durch den Räther, Zeitz, kam ein Lohnabbau-Antrag heraus, der gleichfalls wieder entfernt wurde. Mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie wurde die Arbeit „gestreckt“ und die Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden herabgesetzt. Sozialdemokratische Betriebsräte warden mit dieser Kürzung von Arbeitszeit, verbunden mit erheblichem Lohnabbau, einverstanden. Durch die zäufinderte Beistütze der Gewerkschaftsführer: „Lohnabbau findet nicht statt, es wird nur die Arbeitszeit im Interesse der Erwerbslosen verkürzt“, wurden die Proleten von der Zeitzer Allgemeinindustrie vom Kampfe abgehalten.

Die SPD- und Gewerkschaftsführer haben den Unternehmern geholfen, den Lohnabbau der Papen-Notverordnung entgegen dem Kampfwillen der Arbeiter durchzuführen!

### Kampferfolge beim Kanalbau Piesteritz!

Die beim Kanalbau in Piesteritz beschäftigten Arbeiter konnten es durch Kampfbeschlüsse durchsetzen, daß ihr Lohn, der nach dem Tarif 54 Pfennig pro Stunde beträgt, auf 60 Pfennig erhöht wurde. Auch sonst wurden eine ganze Reihe von Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse durchgeführt. Die Kampferfolge der Arbeiter vom Kanalbau waren Kampfsignale für eine ganze Reihe von kleineren Kämpfen der Pflichtarbeiter und Notstandsarbeiter im Mittendeburg-Piesteritzer Gebiet.

### Hallische Bauarbeiter im Streik!

Zur Zeit kämpfen zirka 150 Hallische Bauarbeiter gegen einen Lohnabbau, der durch die Papen-Notverordnung durchgeführt werden soll. Die Streikfront ist einheitlich und geschlossen. Erwerbslose üben Solidarität und werden von den Arbeitsämtern gar nicht mehr vernachlässigt. Die Bauunternehmer selbst verhalten sich angeht, Arbeitskräfte zu bekommen. Die Streikführung liegt in den Händen des roten Verbandes. Die Unternehmerfront ist bereits im Wanken. Der Unternehmer Böhmig hat die Weiterzahlung des alten Lohnes zugesprochen. Die Unternehmer wollen durch Ausweitung ihrer Pläne durchgehen. Mit Verschärfung des Kampfes auf der ganzen Linie ist zu rechnen!

### Der prächtige Kampf bei Dommitzsch!

Seit Mittwoch, den 19. Oktober, streikten zirka 80 Arbeiter und Zinnbeschläger der Firma Leymann, Bremen, Baustelle Mahlerregulierungsweg, unmittelbar a. d. Elbe. Der Streik ist ein ausgeprägter Antrittskampf. Die Belegschaft hat eine Reihe Forderungen aufgestellt und ist gewillt, diese durch den Streik durchzusetzen. U. a. wird die fünf-Tage-Woche gefordert (eben Tag acht Stunden, Sonnabends frei). Die Führung des Kampfes liegt in den Händen der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

### Lohnabbau bei Jovishoff verhindert!

Die Firma Jovishoff, Halle, Papiermaterialvertrieb, plante, die Löhne von der 31. Stunde an um 50 Prozent zu senken. Der Belegschaft wurde mitgeteilt, daß vorläufig kein Lohn abgebaut wird. Der Unternehmer fürchtet einen Streik. Er hofft auf das Abblenden der Kampfstimmung. Angeht des Erfolges ist die Kampfstimmung aber gerade im Wachsen begriffen.

# Schwankende Stimmung und Verrat der Bürokratie hilft den Unternehmern

## Nachtrag zu den Kampfereignissen im Bezirk

Einige Beispiele, die ausdrücklich beweisen, daß keine Zurückweichen vor den Unternehmern falsch ist, zeigen sich im Braunkohlenbergbau und in der Metallindustrie im Sächsischen Erzgebirge.

Auf der Grube Michael-Beste im Geiseltal und der Grube „Kamerad“ im Weichenfeld-Steiger Gebiet wurde der Gewerkschaftsleiter durch den Vorgesetzten der Arbeit auf diesen Gruben unter Protest fortgeführt. Das Arbeitsgericht soll entscheiden. Die Unternehmer haben das Gericht nicht zu fürchten und die Arbeiter sind empört über die erbärmlichen Löhne, die sie jetzt ausgezahlt bekommen. Sie fühlen, daß das Zurückweichen vor dem Unternehmer und das Eingehen auf die Vorschläge der Gewerkschaftsbürokratie völlig falsch war.

Die letzten Schachtelbesprechungen beweisen einen wachsenden Kampfsinn der mitteldeutschen Bergarbeiter!

Im Sächsischen Erzgebirge wurden in den Lauchhammerwerken, vor allem im Werk Oberhammer, Abstimmungen über den Streik durchgeführt und zwar in einer die Beschlüsse ziemlich überaus empfinden Art und Weise. Die Gewerkschaftsbürokratie tat alles, um den Kampfsinn zu zerlegen. Sie erklärte, daß nur die Organisten unterrichtet würden beim Streik. Die Unorganisierten bekamen nichts. Sie vernahmten jede Aufforderung zum Kampf. Derselbe Verband, der Tausende von Junglöhnern, die die Hindenburg-Wälder betrauschten, brachte zur Kampfsitzung nicht einen einzigen Handzettel heraus!

Reformistische Betriebsräte hatten die Beschlüsse, in den Bezirken nicht zu sprechen. Sie gingen nicht einmal in den Abstimmungsbesprechungen mit hinein. Die Beschlüsse sind zu circa 90 Prozent für den Streik. Inzwischen der Unorganisierten beachtliches Resultat. Nach wie vor steht auch bei Lauchhammer-Proleten die eine Aufgabe:

Kampfmobilisierung auf der ganzen Linie für Juridikerberatung des erkrankten Lohnes!

### Und hier wieder Erfolge

#### Streikangst der Hallischen Metallunternehmer!

In verschiedenen hallischen Metallbetrieben beschlossen die Beschäftigten, ihren Lohnabbau, der angedroht wird, mit Streik zu beantworten. Solche Beschlüsse faßten die Beschäftigten der Firma Wegelin & Hüder und der Firma Dier & Wernburg.

Die letztere Firma stellt sogar dem „Altenkamp“ mit, daß sie keinen Lohnabbau durchführen werde. Die Metallindustriellen hüten sich, auf Grund der Streikbeschlüsse der Beschäftigten jetzt mit dem Lohnabbau zu kommen!

#### Landarbeiterinnen im Streik!

Auf dem Gute des Jagzünkers Schöppe in Wansleben traten die Landarbeiterinnen in den Streik, weil ihnen der Junker eine ungeheure Verschlechterung der ganzen Arbeitsverhältnisse diktiert hatte. Drei Sozialdemokraten, drei Nazis und die Tochter eines Schöppners leiteten die streikenden Landarbeiterinnen in den Rücken und leisteten Streikbrecherarbeit. Dennoch mußte der Junker zum Teil nachgeben, weil die Streikbrecher nicht in der Lage waren, alle Arbeiten zu verrichten. Es blieb bei den alten Löhnen.

Auf einem Gut in Drebna bei Bitterfeld traten 11 Landarbeiterinnen in den Streik gegen einen Arbeitsabbau von rund 2 Mark beim Rübenanbau. (Meldung über den Verlauf des Kampfes steht noch aus.)

# ZdA-Bürokratie verkündet „neuen Kurs“

## Auch die treuen Anhänger der Reformisten müssen die Pleite der bisherigen Politik eingesehen

U. A. Verankerung des ZdA in Zeit am 18. Oktober mit dem Thema „Neuer Kurs in Wirtschaft und Politik“. Die Kollegen waren gespannt, was der Referent aus Berlin hierzu zu sagen hatte. Nach dem Referat ist es nicht, über Politik weniger, und über die Politik der Gewerkschaften, die die ZdA-Mitglieder am meisten angeht, sagte er fast nichts. Ueber die Weltwirtschaftslage in Vortragszeiten, Verfall der Welt und Dames-Gutachten ging der Vortragende zur heutigen Wirtschaftslage über. Er wurde fast ausschließlich immer international. Da sollte nämlich auch die Frage der Unruhe ein immens trankes Kapitalismus wieder auf die Beine zu helfen sei.

Der Referent führte u. a. wörtlich aus: „Wer da glaubt den Kapitalismus auf nationalem Wege zu retten, der ist ein Narr.“ Also Rettung auf jedem Fall, bloß das „wie“ ist ihnen noch nicht klar. Daraus, daß wir als „Antikapitalisten“, wie er sich hieß, die freie Angelegenheit bezeichnet, dem faulen, morschen kapitalistischen System den letzten Stoß verpassen müssen, davon sagte er nichts.

Reinigungs, sondern schon seit 1924 eine große Pleite erlebte. Die Gewerkschaften sollen sich hüten, ihre bisherige Politik weiter beizubehalten, denn sonst werden sie unabweisbar eine große Anzahl von Gewerkschaftsmitgliedern ins Lager der Kommunisten, die Kommunisten haben jetzt uns gegenüber einen ungeheuren Vorsprung.

(Ja, lieber Kollege, die Kommunisten treiben auch eine richtige Politik im Interesse der Arbeiterklasse!) Die Gewerkschaften seien mit sich einverstanden, daß die Nazis eine so große Zahl von Arbeitern und Angestellten an sich ziehen konnten.

Bewerkswesten waren noch die kurzen Ausführungen eines älteren Kollegen, der empört sagte,

„daß es endlich an der Zeit sei, daß die Führer, die man hinaufgehoben hat, nicht immer Politik machen in ihrem eigenen Interesse, sondern im Interesse ihrer Wählerklasse!“

Das Schwere des Referenten hatte weder Hand noch Fuß. Glatz überging er die ihm heissen Fragen, die die Opposition angestellt hatte. Zu dem Appell zum außerparlamentarischen Kampfsinn hatte er zu sagen, daß die Gewerkschaften nur dort in Streiktrümpfe eintraten, wo sie dem Gegner (sich dem Unternehmern) überlegen seien, andernfalls käme man mit verhandeln (lies: u h a n d e l n) viel leichter. Die Notverordnungen Papens hätten doch mehr ideale Bedeutung als materielle, sie würden von den Unternehmern nur im geringen Umfange angewandt. Infolgedessen läge in vielen Fällen gar keine Veranlassung zu Streiks vor, und gegen ein Plakatmollen die Gewerkschaften nicht anzuführen. (Wörtlich!) Eine besonders fernergehende Einstellung war auch, daß die sieben Millionen Erwerbslosen nicht als Maßstab für die Arbeiterklasse mitrechnet, sondern nur die Arbeiter, die noch im Betrieb stehen. Erst ist der Referent „empört“ über die Papen-Regierung, die den Kapitalisten Milliarden in den Taschen wirft — Gelder, die den wertvollen, notleidenden Massen abgepreßt werden — und eine Stunde später: Lohnraub — ein Plakatmollen!

**Fotos aus Sowjetrußland!**  
**DIE NEUEN BILDERSERIEN KAMPFFONDMARKEN DER KPD!**

rat zeigte er nämlich auf, daß durch die Papen-Verordnung das Unternehmertum zeitlich befristet wird: 1. mit zwei Milliarden durch Steuerquerschnitte; 2. durch generellen Lohnabbau in „notleidenden Betrieben“; 3. durch weiteren Lohnabbau bei „Reinigungsstellen“ — während er im Schlußwort zu

bestimmen versuchte, daß die Unternehmer von dem ihnen gebenden „Recht“ so wenig Gebrauch machen, daß man es gar nicht gebrauchen könnte. (Wort)

Na, zum Schluß wurde dann der Referent in den letzten drei Sätzen radikal. Er behauptete, daß es ein Erfolg nur der SPD und der Gewerkschaften sei, daß die Nazis nicht an die Macht gekommen seien. Die Gewerkschaften kämpften als einzige gegen die Papen-Vikar, man müsse die Arbeiter und Angestellten zum Widerstand aufstacheln, die Staatsmacht könne man sich nicht erlauben, sondern nur erobern. (Süß! Süß!) Die Diskussion zeigte mit aller Klarheit, daß die Kollegen mit der bisherigen Politik der freien Gewerkschaften nicht einverstanden sind. Die oppositionelle Kollegin A. rechnete gründlich mit der Politik der Gewerkschaften, vor allem in jüngster Zeit, ab. Sie zeigte auf:

„Bankrott ist die Theorie, daß man in der Krise nicht kreischen könne, daß die Erwerbslosen den Streikenden in den Rücken fallen.“

Sie prangerte an das notwendige Geschreibsel der SPD-Presse, die die gefällige Streikfront in Torgau als „Einheit zwischen Nazis und Kogis“ bezeichnete (Zusammenhang der Verammlung).

Zu dem Ausdruck des Referenten, daß man die Staatsmacht nicht „erzählen“ könne, ferngezeichnete Kollegin A. die illusorische Meinung des „großen Gewerkschaftsführers“ Aufhäuser am 14. Oktober im Sinne, daß die Arbeiterklasse diesem „Stiefel“ nachhängen mit dem Stimmzettel in der Hand habe. Wie der „Kampf“ der SPD und freien Gewerkschaften gegen Papen in Wirklichkeit aussieht, bewies die Kollegin an Hand der Ausführungen des Breitenwertraters Dr. W. Recht vor dem Staatsgerichtshof, deren anschaulichste Stellen der „Vorwärts“ nämlich in einer Ziffernreihe zitierte.

Die Kollegin charakterisierte das Volksgeschehen „Wanderer“ und schloß ihre Ausführungen mit einem Appell zur außerparlamentarischen antifaunistischen Massenaktion.

Mancher Kollege hat sich die angeführten Tatsachen durch den Kopf gehen lassen, was auch die weitere Diskussion zeigte. Ein Kollege, sonst ein eifriger Kämpfer gegen die Opposition, mußte zugucken, daß

„die Politik der Gewerkschaften nicht erst seit der Zeit

„Hinaus aufs Land!“

Was lagen jetzt die Kleinbauern, nachdem ihnen Hilfe nicht das brachte, was es vertrappt?

Wir wählen überhaupt nicht mehr! Die ganze Wählerzeit hat keinen Wert. Diese beiden Aussprüche sollten uns veranlassen, in selbstkritischer Weise endlich das Einsehen zu erlangen, daß die bisherige gesellschaftliche und politische Lage nicht mehr zu ertragen ist, sondern daß wir uns von der bisherigen Politik der freien Gewerkschaften nicht erlauben dürfen. Die oppositionelle Kollegin A. rechnete gründlich mit der Politik der Gewerkschaften, vor allem in jüngster Zeit, ab. Sie zeigte auf:

„Hinaus aufs Land!“

Was lagen jetzt die Kleinbauern, nachdem ihnen Hilfe nicht das brachte, was es vertrappt?

Wir wählen überhaupt nicht mehr! Die ganze Wählerzeit hat keinen Wert. Diese beiden Aussprüche sollten uns veranlassen, in selbstkritischer Weise endlich das Einsehen zu erlangen, daß die bisherige gesellschaftliche und politische Lage nicht mehr zu ertragen ist, sondern daß wir uns von der bisherigen Politik der freien Gewerkschaften nicht erlauben dürfen. Die oppositionelle Kollegin A. rechnete gründlich mit der Politik der Gewerkschaften, vor allem in jüngster Zeit, ab. Sie zeigte auf:

„Hinaus aufs Land!“

Was lagen jetzt die Kleinbauern, nachdem ihnen Hilfe nicht das brachte, was es vertrappt?

# Kollege, die Pflicht ruft

**RGO-Appell in Heitzdorf**  
Am Sonntag, dem 23. Oktober, 10 Uhr, findet in Heitzdorf im „Goldenen Stern“ ein RGO-Appell für sämtliche Mitglieder der RGO statt. Kein Kollege und Genosse darf fehlen. Das Organisationskomitee der RGO.

## Letzte Kursmeldungen

Weichenfels. Munitionslager im Stadttheater. Im Daghelms des letzten Stadttheaters wurden 1400 Schuß Munitionslager gefunden. Es wird angenommen, daß sie noch aus der Aufstufsbewegung 1920 stammt, bei der das Stadttheater einen Hauptstützpunkt bildete. Die polizeiliche Untersuchung dürfte jedoch völlige Klarheit über die Herkunft der Munition schaffen. (?)

Naumburg. 16.000 Mark Geldstrafe wegen Steuerhinterziehung. Ein Landwirt aus Nienleben (St. Adolfsberg) hatte bei Abgabe der Vermögenssteuererklärungen ausgelegene Gelder in Höhe von 1600 Mark nicht angegeben. Er wurde deshalb vom Schöffengericht in Naumburg wegen Steuerhinterziehung zu einer Geldstrafe von 16.000 Mark, also dem sechsfachen des hinterlegten Betrages, verurteilt.

## Roter Arbeitersport

Großer Sport am Sonntag  
Am Mittelpunkt der sportlichen Veranstaltungen steht das Geräteturnen in Greppin, das heute abend 8 Uhr im Lokal Schmidt steigt. Im Bezirk Weichenfels finden die Wahlkämpfe in Goidel und Breitenbach statt.

In der Fußballpartie steigen allsorts die Spiele. Am Bezirk Halle findet der letzte Serienpieltag statt, wo große Treffen zu verzeichnen sind.

Für die streikenden Bauarbeiter spielt in Trotha Diemly 1. Um die ersten Plätze in der Gruppen Tabelle finden die Spiele in Halle auf dem Sportplatz Brandberge, Sandanger, Stadion und in Weichenfels statt. Ferner ist Sport auf den Sportplätzen Söben und Reising, in Teicha, Dittau, Friedrichshagen, Wöhlitz, Könnern, Reinsdorf und Bennstedt. Alle Spiele beginnen 15.30 Uhr.

Bezirkerplatten  
Die Berichte vom Geräteturnen in Greppin nicht zu spät absenden.

Kübel zur Veris und VDO-Sitzung des Bezirks Halle am Sonntag, dem 30. Oktober, 9 Uhr, im „Schöpfungshaus“.

Hängt die Berichte kurz, schreibt nur ein einziges und mit Tinte.

## Bezirk Weichenfels

Bezirkskomitee für Frauen findet nicht, wie im „Steten Echo“ behauptet wurde, am 20. Oktober, sondern am 24. Oktober in Weichenfels, Lokal der ersten Sportler. Alle Vereine, vor allen Dingen auch Weichenfels, welche erst jetzt Gründung von Frauenvereinen beschlossen haben, sind zur Teilnahme an den landlichen Vereinen, haben sich unbedingt zu beteiligen und zwar am Sonntag, den 24. Oktober, um 10 Uhr, im Saal des Weichenfels. Die Raumverhältnisse haben insoweit keine Bedeutung.

Die Gollitz, Weichenfels, Weichenfels.

Regel. Sonnabend, den 22. Oktober 1929 findet die fünfte Quartalsversammlung der Dresdener Halle, im Weichenfels, Saal „Der Sonne“ statt. Die Beschlüsse der Quartalsversammlung sind zu erörtern. Die Beschlüsse der Quartalsversammlung sind zu erörtern. Die Beschlüsse der Quartalsversammlung sind zu erörtern.

## Aus dem Geschäftsverkehr

Sal und Kalkstein in Sporttagen stellt das „Landbuch des Sports“, ein umfangreiches Nachschlagewerk mit etwa 1700 Stichwörtern, darunter 500 bis 600 biographische Notizen sowie mit Zahlen, über die Höhe, aus von den Ergebnissen der Distanzläufe. Das „Landbuch des Sports“ ist nur Vorläufer der schon bunter, Sollen-Sportbilder, die in der Zeit zu jedem hohen Stande fertig bekannt und beliebten Sportarten abgehandelt werden können und denen, welche Spaß an der Sache haben, dem einen oder anderen Sportarten, die in der „Landbuch des Sports“ einzufinden sind und auf diese Weise sehr das interessante Nachschlagewerk zu vervollständigen. Sie können es für 10 Pfennige in der Buchhandlung „Kunst und Gewerbe“ (Halle) oder in „Sachsel“, Postfach 125, Berlin 2 gegen Einzahlung von 10 Pfennig in Dreifachmarken.

## Rundfunk-Programm

Sonntag, 23. Oktober

6.15 Uhr: Funkenmarkt. 6.55 Uhr: Hamburger Hörfunkzeit. 8 Uhr: Reichs-Hörfunkzeit. 11.30 Uhr: Radio-Beitrag. 12.30 Uhr: Sportnachrichten. 13.30 Uhr: Sportnachrichten. 14.30 Uhr: Sportnachrichten. 15.30 Uhr: Sportnachrichten. 16.30 Uhr: Sportnachrichten. 17.30 Uhr: Sportnachrichten. 18.30 Uhr: Sportnachrichten. 19.30 Uhr: Sportnachrichten. 20.30 Uhr: Sportnachrichten. 21.30 Uhr: Sportnachrichten. 22.30 Uhr: Sportnachrichten. 23.30 Uhr: Sportnachrichten. 24.30 Uhr: Sportnachrichten.

Montag, 24. Oktober

6.15 Uhr: Funkenmarkt. 6.55 Uhr: Hamburger Hörfunkzeit. 8 Uhr: Reichs-Hörfunkzeit. 11.30 Uhr: Radio-Beitrag. 12.30 Uhr: Sportnachrichten. 13.30 Uhr: Sportnachrichten. 14.30 Uhr: Sportnachrichten. 15.30 Uhr: Sportnachrichten. 16.30 Uhr: Sportnachrichten. 17.30 Uhr: Sportnachrichten. 18.30 Uhr: Sportnachrichten. 19.30 Uhr: Sportnachrichten. 20.30 Uhr: Sportnachrichten. 21.30 Uhr: Sportnachrichten. 22.30 Uhr: Sportnachrichten. 23.30 Uhr: Sportnachrichten. 24.30 Uhr: Sportnachrichten.

## Durch Sowjetnummer eine Partei-ortsgruppe gegründet

Die Ortsgruppe Zipsendorf hat 250 Stück Sowjet-Sondernummern umgelegt. Die Zeitung hat durchaus gut angegriffen. Als Resultat haben wir zu verzeichnen, daß außer verschiedener guter Disziplin eine neue Ortsgruppe für Stachwitz-Rangendorf gegründet wurde. Als Zeitungsliefer sind vorzüglich 1 „Klassenkampf“ und 10 „Rote Echo“-Leser für die neue Ortsgruppe gewonnen.

Die Genossen waren beim Zeitungserwerb, außer einigen Dauerlesern, sehr aktiv. Darum, Genossen, wecker am Werk! Gestattet nicht mehr den Unternehmlichkeiten, den Nazis und der SPD, noch weitere Werbemöglichkeiten. Passivität ist die beste Hilfe unserer Gegner.

## Kollekte widerlegt den Pessimismus

Teile Euch mit, daß ich — trotzdem ich kein PD bin — neben meiner Arbeit als Ortsgruppen-Kollekteur und Kreisleiter des Erwerbslosenvereins in Zipsendorf 42 Sowjet-Sondernummern des „Klassenkampf“ verkauft habe. Der glänzendste Beweis dafür, daß es vollkommen verfehlt ist, zu behaupten: „Es wäre nicht so machbar“. Ihr werdet fragen, warum hast du erst heute die Zeitungen verkauft? Dazu folgendes:

Ich hatte, da der PD keine Zeitungen besetzen wollte, auf eigene Risiko dieselben bestellt. Der PD hat die Zeitungen zugelangt erhalten. Er behauptete, ich hätte einen großen Kogel.

Daraufhin habe ich die Zeitungen von ihm geholt. Beleglich fünf Stück habe ich ihm zum Verkauf dazugeliefert (sie liegen heute noch bei ihm), um ihm zu beweisen, daß doch noch etwas zu machen ist. Der Jungpionier W. Kaufl, welcher bei mir die Zeiten verleiht, hat außerdem 10 „Lommeln“ und auch zwei „Klassenkampf“-Nummern verkauft. Die Jungpioniere Otto und Erich Temm haben zusammen sieben „Klassenkampf“-Exemplare und eine „Lommel“ verkauft. Insgesamt also 51 Stück Zeitungen. Gewonnen wurden ebenfalls ein „Rote Echo“-Leser und sechs Jungpioniere.

Seid Ihr zufrieden? „Krafft Raabtsch!“ — Wir kämpfen weiter. Otto Schönert, Kollekteur der Ortsgruppe Zipsendorf.

## Nicht nur verkaufen, sondern politisch aufklären

Auf eure Anfrage wegen dem Vertrieb der Sowjet-Sondernummer folgendes: Als Gewerkschafts- und Kommunistenaktionäre habe ich mich letzten an dem Vertrieb unserer Presse beteiligt. Die mir von meiner Ortsgruppe überwiesenen 10 Sondernummern habe ich am Sonntag mittags in einer Stunde glatt umgelegt. Der Verkauf wäre in zehn Minuten möglich gewesen. Da ich mir aber besondere Arbeiter als Käufer herausgesehen hatte, gab es verschiedene gute Diskussionen, ehe sie die 10 Wenigen auspackten. Ein SPD-Prolet, Leser der „Kämpfer“, erregte die Aufmerksamkeit in Richtung gegenüber der Arbeiterhalle an. Seine Auffassung über die deutsche proletarische Revolution ist völlig unklar. Ein Zeichen, welche Konfusion die SPD-Presse unter den christlichen Arbeitern anrichtet. J.B. war er der Meinung, daß fast des Massenstreiks alle Maschinen und technischen Einrichtungen zu zerstören seien, um die kapitalistische Produktion lahm zu legen.

Da heißt es für uns nicht nur „Krafft“ des „Klassenkampf“ zu sein, sondern wirkliche politische Zeitsungs-obleute. B. S. Weichsel bei Scheuditz.

## Durch Einzelverkauf zum Abonnent

Nach Empfang der 25 Sonder-Sowjetnummern sind dieselben freies am Freitag, wie ich die nächsten Freitag bestellen wird wieder 25 „Klassenkampf“-Exemplare für den Einzelverkauf. Dabei werden vier 5 Abbestellungen für das „Rote Echo“, dafür aber zwei Kollektivabonnements (8 Leser) für den „Klassenkampf“ geschaffen.

Kollekteur und PD der Ortsgruppe Bieskau.

## Unsere Presse als Hebel der ideologischen Offensive.

Nachdem wir in Rumburg in den unteren Parteieinheiten die Kontrolle der durchgeführten Arbeiten und den Vertrieb der „Sowjet-Sondernummern“ abgeschlossen haben, sind wir in der Lage, einen eingehenden Bericht zu geben. 100 Stück „Sowjet“-Nummern des „Klassenkampf“ hatten wir vorbestellt, doch stellte sich in der am 29. September stattgefundenen Parteiarbeiterkonferenz heraus, daß es zu wenig waren. Stadteil 1 erklärte: Wir brauchen allein 200 Stück; die übrigen Stadteile wollen je 100 haben. Also bestellten wir 500 Stück nach. 600 Sowjet-Sondernummern — wenige Tage zuvor 1500 Stück Stadtzeitungen verkauft —, hinzu kommen „Rote Echo“- und „KJ“-Einzelverkauf des „Klassenkampf“ usw. Den Genossen fanden die Haare zu Berge. Wie sollen sie doch die 600 Sowjet-Sondernummern umlegen. Doch welche angenehme Enttäuschung erlebten sie alle. Wieder Erwarten sehen die politisch Nichtorganisierten unserer Partei sowie der Sowjetunion nicht mehr feindselig gegenüber.

Nazi-Proleten, ehemals die aktiven Mitglieder in der SA und SS, kauften den „Klassenkampf“. Sie wollen leben, was der Verbreiter aus der Sowjetunion schreibt. Sie haben sich freigegeben von der Illusion des „Dritten Reiches“. Sie haben die Hakenkreuzflaggen in die Ecke geschmissen und bezeugen, daß sie in der Partei der Großkapitalisten nicht zu finden haben. Die SPD-Proleten, enttäuscht über den 20. Juli, enttäuscht seit 1918, enttäuscht über den Zerfall der „Einheitsfront“-Politik der SPD-Führer, kaufen heute unsere Zeitung.

Sammer mehr Betriebsarbeiter verlassen das Vertrauen zu den Gewerkschaftsleitern und den reformistischen Betriebsräten und legen ihr Vertrauen auf die SPD und die KPD. Die Arbeiter kaufen den „Klassenkampf“. Das ist das Fazit der Kontrolle über den Großvertrieb der Sowjet-Sondernummern.

Besondere Anerkennung in diesem Fall verdient der Stadteil 1. 280 Zeitungen von 518 hatte dieser Stadteil bereits schon am Sonntag vormittag für sich „beschlagen“, so daß für die übrigen Stadteile nur 238 Stück übrigblieben. Sonntagmittag restete der Stadteil 1 als erster 280 Sondernummern ab. In der letzten stattfindenden Kontrollprüfung teilten wir folgendes seit Stadteil 1 verkaufte 285, die übrigen vier Stadteile je 100 Stück, nur zwei Stadteile erklärten, daß es zu wenig „Klassenkampf“-Exemplare waren, während es die übrigen zwei Stadteile sogar fertig brachten, Remittenten zurückzugeben.

Bei näherer Untersuchung der Ursachen des ungleichen Vertriebs der Sowjet-Nummern zwischen dem Stadteil 1 und den übrigen wurde festgestellt, daß es der Kollekteur des Stadteils 1 ausgesprochen verstanden hatte, organisatorisch die Vorbereitung für den Vertrieb zu treffen, an deren Spitze er natürlich selbst stand. Das gerate ist es, was bei den anderen Genossen fehlt. Die Initiative bei der Beschaffung der Methoden zum Vertrieb und Werbung unserer Presse.

Es gibt eben leider noch Genossen, die die politische Bedeutung der Presse noch nicht erkannt haben. Es wäre gut, jene Genossen würden einmal die Presse der Sowjetunion besser beobachten, mit wach frampshafte Versuchen und ohnmächtiger Wut der Gegner verläßt, sein von Eügen Hochendes Gelehrteil unter die Proleten zu bringen. An dieser Stelle ist nur auf ein schönes Preisrezept hingewiesen, auf den Felzer Schmiede 2 in „Bolschewik“ und dessen Berichtslieferer von Rumburg, W. a 10 u. a. m.

Besterem scheint die Aktivität unserer Genossen am besonders in die Knochen gefahren zu sein. Nicht genug damit, daß er ein „Bolschewik“ vom 27. September in der gemeintem Orte und Welle gegen unsere Genossen der Stadtverordneten-Fraktion hebt und von nationalsozialistischer-Kommunistischer Einheitsfront usw. selbst, — so lieh er extra 2000 Exemplare von diesem Sonderbeleg kommen, um sie kostenlos vor dem Arbeitsamt zu verteilen. Wie wir in Erfahrung gebracht haben, hat der Buchdrucker-Verband hierzu 80 M. bewilligt.

Das nur kurz zur Illustration für diejenigen Genossen, die noch nicht begriffen haben, wie wichtige Waffe die Presse ist. Nicht für die Presse werden, keine Zeitung verkaufen, bedeutet keine massenpolitische Arbeit leisten, bedeutet die proletarischen Massen nicht für die Antifaschistische Aktion zu mobilisieren.

Nun noch ein kritische Wort zur Zusammenfassung der Sowjet-Sondernummern.

Erstens hatten die Parteiarbeiter die vorangegangenen 20 Seiten (?) erwartet. Zweitens sind die Parteiarbeiter der Ansicht, daß nicht der genügende Plan in der Lebensweise lag. „Wir haben eine neue Welt“ (Amerika ist auch einmal als eine neue Welt gesehen worden) — also kapitalistische Welt. Drittens wurde vollständig vernachlässigt die Entfaltung der bürgerlichen Presseanalyse. Viertens kam noch nicht in genügender Form die Sprache der russischen Arbeiter und Bauern zum Ausdruck. Das sollen keine Vorwürfe sein, sondern nur Hinweise, die eventuell mit dazu beitragen können, die „Ural-Nummern“ noch besser auszubauen. Am allgemeinen wird immer wieder bestritten, daß die Sowjet-Nummern sehr gut anzuwenden sind. Die Parteiarbeiter von Rumburg haben deshalb beschlossen, die Vorbestellung von 1000 „Ural-Nummern“ zu machen.

Nicht veräumen will ich gleich an dieser Stelle, die Ortsgruppen des Unterbezirks zu ermahnen, die Bestellung für die „Ural-Nummern“ rechtzeitig aufzugeben. „Krafft Raabtsch!“ — wir kämpfen weiter! ges. Thate.

## Musterbeispiele von Werbearbeit

### Der beste „Klassenkampf“-Werber im Bezirk

Genosse Zäber von Scheuditz hat nicht nur in seinem Ort, sondern im Unterbezirk Merseburg und Saalkreis „Klassenkampf“-Leser gewonnen und meldet in einem Brief:

„Wir jetzt habe ich insgesamt 84 „Klassenkampf“- und 31 „Echo“-Abonnenten gewonnen. Der größte Teil der neuen Abonnenten sind Betriebsarbeiter. Profhören-Verkauf von 5 M. 15 „KJ“-Sondernummern vertrieben, 20 „Klassenkampf“-Exemplare im Einzelverkauf umgelegt.“

### So werben parteilose Arbeiter

Von Giesien kommt die Meldung, daß ein parteiloser Arbeiter in 1 1/2 Stunden 40 Exemplare der Sowjet-Sondernummer verkauft.

### Warum nicht überall so?

Der PD in dem kleinen Landort Ransberg meldet: Wieder ein „Klassenkampf“-Leser gewonnen. Täglich werden 15 „Klassenkampf“-Exemplare im Einzelverkauf umgelegt. Ich habe 50 Sowjet-Sondernummern verkauft.“

### Die Bergarbeiter in Amsdorf aktiv

Vom Großwerftag am vorigen Sonntag geht folgende Meldung ein: Gewonnen ein Parteimitglied ein Kollektivabonnent mit zwei Lesern für den „Klassenkampf“, zwei „Rote Echo“-Abonnenten — beide Betriebsarbeiter, acht „KJ“-Leser, darunter fünf Betriebsarbeiter. Profhören-Verkauf von 5 M. 15 „KJ“-Sondernummern vertrieben, 20 „Klassenkampf“-Exemplare im Einzelverkauf umgelegt.

gen 4 Stadteile nur 238 Stück übrigblieben. Sonntagmittag restete der Stadteil 1 als erster 280 Sondernummern ab. In der letzten stattfindenden Kontrollprüfung teilten wir folgendes seit Stadteil 1 verkaufte 285, die übrigen vier Stadteile je 100 Stück, nur zwei Stadteile erklärten, daß es zu wenig „Klassenkampf“-Exemplare waren, während es die übrigen zwei Stadteile sogar fertig brachten, Remittenten zurückzugeben.

Bei näherer Untersuchung der Ursachen des ungleichen Vertriebs der Sowjet-Nummern zwischen dem Stadteil 1 und den übrigen wurde festgestellt, daß es der Kollekteur des Stadteils 1 ausgesprochen verstanden hatte, organisatorisch die Vorbereitung für den Vertrieb zu treffen, an deren Spitze er natürlich selbst stand. Das gerate ist es, was bei den anderen Genossen fehlt. Die Initiative bei der Beschaffung der Methoden zum Vertrieb und Werbung unserer Presse.

Es gibt eben leider noch Genossen, die die politische Bedeutung der Presse noch nicht erkannt haben. Es wäre gut, jene Genossen würden einmal die Presse der Sowjetunion besser beobachten, mit wach frampshafte Versuchen und ohnmächtiger Wut der Gegner verläßt, sein von Eügen Hochendes Gelehrteil unter die Proleten zu bringen. An dieser Stelle ist nur auf ein schönes Preisrezept hingewiesen, auf den Felzer Schmiede 2 in „Bolschewik“ und dessen Berichtslieferer von Rumburg, W. a 10 u. a. m.

Besterem scheint die Aktivität unserer Genossen am besonders in die Knochen gefahren zu sein. Nicht genug damit, daß er ein „Bolschewik“ vom 27. September in der gemeintem Orte und Welle gegen unsere Genossen der Stadtverordneten-Fraktion hebt und von nationalsozialistischer-Kommunistischer Einheitsfront usw. selbst, — so lieh er extra 2000 Exemplare von diesem Sonderbeleg kommen, um sie kostenlos vor dem Arbeitsamt zu verteilen. Wie wir in Erfahrung gebracht haben, hat der Buchdrucker-Verband hierzu 80 M. bewilligt.

Das nur kurz zur Illustration für diejenigen Genossen, die noch nicht begriffen haben, wie wichtige Waffe die Presse ist. Nicht für die Presse werden, keine Zeitung verkaufen, bedeutet keine massenpolitische Arbeit leisten, bedeutet die proletarischen Massen nicht für die Antifaschistische Aktion zu mobilisieren.

Nun noch ein kritische Wort zur Zusammenfassung der Sowjet-Sondernummern.

Erstens hatten die Parteiarbeiter die vorangegangenen 20 Seiten (?) erwartet. Zweitens sind die Parteiarbeiter der Ansicht, daß nicht der genügende Plan in der Lebensweise lag. „Wir haben eine neue Welt“ (Amerika ist auch einmal als eine neue Welt gesehen worden) — also kapitalistische Welt. Drittens wurde vollständig vernachlässigt die Entfaltung der bürgerlichen Presseanalyse. Viertens kam noch nicht in genügender Form die Sprache der russischen Arbeiter und Bauern zum Ausdruck. Das sollen keine Vorwürfe sein, sondern nur Hinweise, die eventuell mit dazu beitragen können, die „Ural-Nummern“ noch besser auszubauen. Am allgemeinen wird immer wieder bestritten, daß die Sowjet-Nummern sehr gut anzuwenden sind. Die Parteiarbeiter von Rumburg haben deshalb beschlossen, die Vorbestellung von 1000 „Ural-Nummern“ zu machen.

Nicht veräumen will ich gleich an dieser Stelle, die Ortsgruppen des Unterbezirks zu ermahnen, die Bestellung für die „Ural-Nummern“ rechtzeitig aufzugeben. „Krafft Raabtsch!“ — wir kämpfen weiter! ges. Thate.

## Pressewerbung bei den Bergarbeitern

Auch bei den Bergarbeitern hat die Sowjet-Sondernummer gut angegriffen. Die 100 Stück Zeitungen, die mir erhalten haben, wurden restlos am Sonntag früh verkauft. 50 Stück wurden telefonisch nachbestellt. Warum geht es da? Sind Sondernummern etwas anderes, als wenn wir 10 Stück „Klassenkampf“ kommen lassen und diese nicht verkauft wurden? Warum haben die Genossen nicht so viel Interesse zum Verkauf, denn die wenigen Nummern wurden wieder zurückgeschickt mit dem Bemerkens: „Wir haben so viel zu verkaufen!“ War das bolschewistisch gedacht? Nein. Nur das Interesse an der eigenen Parteizeitung fehlte.

Gleichzeitig noch einige Diskussionen mit „Mittel“-Proleten, bei denen 20 Stück umgelegt wurden. Der größte Teil der Bergarbeiter in der Siedlung liest die „Sonder-Nummern“, die für den halben Preis geliefert wird. Das ihnen da der Kopf verleiht wird, beweist, daß eine ganze Anzahl von diesen eine Wache vor den Kommunisten haben. Die erzählen, wenn die Kommunisten ans Ruder kommen, wird uns alles weggenommen. Das dieses nur aus dem Schmutzblenden kommt, wissen wir. Als Genossen sagten, was will man euch denn nehmen, waren sie platt.

Ein anderer Prolet, der schon weiter gedacht hatte, sagte: Die jegliche Regierung haben nach ihr Spiel durch ihre Verleumdungen nicht lange mehr treiben, wenn alle Arbeiter sich auf ihre Füße stellen und durch große Streiks sie zum Rückzug zwingen. Denn schon jetzt bekommen wir durch die Einführung der Wochenstundenlohn Freitags nur Lohn in Höhe von Wochenlohnunterstützungslagen und müssen kaufen. Eine Anzahl anderer Bergleute sagten wieder: Die ganze Wählerschei hat keinen Zweck, denn hat besser wird es immer schlechter. Auch sie bekommen Unterstützung von unseren Genossen.

Wir müssen die Bergarbeiter noch mehr als bisher bearbeiten, um sie zu wirklichen Klassenkämpfern zu machen. Die bürgerlichen Zeitungen müssen aus der Siedlung verschwinden, der „Klassenkampf“ und das „Rote Echo“ muß einziehen.“

## Glitterwerda will an der Spitze marschieren

„Bei teile ich Euch mit, daß der Genosse Alfred Rummel in Glitterwerda bis heute 3 neue „Klassenkampf“- und 2 „Rote Echo“-Leser gewonnen hat. Der Genosse Rummel will in aller nächster Zeit so viel werben, daß er die Möglichkeit erreicht, um mit in die Sowjetunion fahren zu können. Ich werde die noch neu Sinzkommenenden sofort berichten. Ferner teile ich Euch mit, daß ich Aufnahmehelfer für „Klassenkampf“-Leser bringen gebrauche, ferner jeden Dienstag 20 „Klassenkampf“-Exemplare zum Extraverkauf. Martina Krippah, Glitterwerda.“

## 15 Jahre proletarische Diktatur in der UdSSR

Der erste Fünfjahrplan siegreich beendet — Der zweite Fünfjahrplan wird begonnen  
Sozialistischer Aufbau heißt Arbeit, Boden, Freiheit und Brot für die arbeitende Bevölkerung

## Wer will das gewaltige Aufbauwerk sehen?

Der werbe unermüdet neue Abonnenten für den „Klassenkampf“ und das „Rote Echo“!  
Die vier besten Werber fahren am 1. November nach der Sowjetunion.

Am 25. Oktober erfolgt die 2. Punktwertung in der Pressekampagne gegen die Organe der Arbeiterfeinde — für die Presse der Antifaschistischen Aktion im Kampfe gegen Lohnraub und Faschismus, für eine Arbeiter- und Bauernregierung.

Jeder kann sich beteiligen unter folgenden Bedingungen:

I. Die Werbung wird nach Punkten gewertet. Gerecht wird:

- a) 1 Betriebsarbeiter = 2 Punkte
- b) 1 bisheriger Gegner-Abonnent = 2 Punkte
- c) 1 neuer Abonnent = 1 Punkt
- d) 1 Kollektiv-Abonnent = 1 Punkt
- e) Verkauf von 25 „Klassenkampf“ = 1 Punkt
- f) Verkauf von 15 „Rote Echo“ = 1 Punkt

Am 30. Oktober in Merseburg Massenmeeting und 3. Punktwertung zur Auswahl der Delegation nach dem Ural. Am 28. Oktober erfolgt die Herausgabe der Sowjet-Ural-Sondernummer. Sorgt für Massenvertrieb in allen Orten Mitteldeutschlands. Organisiert den Vertrieb. Gebt sofort Bestellungen auf.

Jede verkaufte Sowjet-Ural-Sondernummer ein Agitator für Arbeit, Freiheit und Brot, für Einheitsfrontaktionen aller Arbeiter und Werktätigen zur Wahl der Liste 3 am 6. November!

# Rote Fahnen über Stadt und Land!

Mit fruppeloser Demagogie sehen jetzt die „Eiserne Front“ und die „braune Front“ mit ihrer Wahlagitatio ein. Von Unternehmensmillionen finanziert, entfalten die Nazis ein rabiales Geschrei gegen die letzten Reste von „Verrenten“, und von Gewerkschaftskreisen reichlich gepöbelt will die SPD mit einem mühen Geschrei „gegen Kapfen“ die Arbeitermassen für sich einfangen. Alle Regierer lassen sie laufen und wollen mit diesem plumpen Wahlrummel ihren jämmerlichen politischen Bankrott der wertfähigen Massen verkleinern. Der ganze Agitationspropaganda der Bourgeoisie wird in diesen Wochen eingesetzt, um die Massen für die Notverordnungspolitik einzufangen. NSDAP, SPD und Nazi-propaganda wird im Radio verapft, Kino und Presse fuhren und fuhren von „Silberfretzen“ und „Wirtschaftsunterbelung“, um die hungernden Massen mit „Wirtschafts-Bettelstuppen“ und neuen Betrugsmandatoren für weitere Hungermaßnahmen und neuen Lohn- und Gehaltsabbau einzufangen.

## Schlagt sie aufs Maul

durch die mächtige Entfaltung der roten Massenagitatio und -propaganda der antifaschistischen Einheitsfront und mobilisiert die Jungeren und Ausgebildeten zum Kampf gegen die Kapfen-Regierung und die gestauten Kapitalisten und sozialdemokratischen Streikbrecheragenten der Bourgeoisie. Ohne Korruptionsgelber aus Unternehmerrückständen und geraubte Proletengroschen der Gewerkschaftskassen muß in diesen Tagen die Massenagitatio der revolutionären Arbeiterfront den unaufrichtigen Kommunisten der Kommunisten zum Ausdruck bringen. Wir müssen durch die Aktivität von tausenden Arbeitern Mitteldeutschlands, finanziert mit Pfennigen und Groschen der Arbeitslosen und Betriebsarbeiter, die gegnerische Eigenagitatio zerbrechen und alle Wertfähigen zur Wahl der Kommunistischen Partei mobilisieren.

## Rote Fahnen und Transparente heraus

In den letzten Tagen bis zur Wahl müssen wir alle Kräfte einspannen, um eine rote Massenfront in allen Arbeiterorten und -ortgruppen und jedem Betrieb auszurollen.

In allen Städten bis in die entlegensten Orte unseres Reichs müssen die Streifen der antifaschistischen Einheitsfront wehen. Innerhalb von drei Tagen, bis zum Mittwoch, muß jede Arbeiterstraße mit den Fahnen und Losungen der Kommunistischen Partei versehen sein. Der Unterbezirk Mitteldeutsches hat zentrale rote Fahnen hergestellt mit „Gewerkschaften, Hammer und Sichel und Fas-



Massenagitatio in den Straßen

rosen: „Wählt SPD“ oder „Liste 3“ gemacht, und organisiert systematisch in allen Zellen und Ortsgruppen den Betrieb der Fahnen.

Auf diese Weise können die Genossen mit einem Schlag das Straßenbild verändern, alle proletarischen Wohnviertel sehen im Zeichen der SPD. Macht das überall nach und verwandelt in kürzester Zeit die Straßen zu Agitationsvierteln für die Kommunisten. Unsere Losung ist: Keine Arbeiterstraße ohne rote Fahnen mit Hammer und Sichel, kein Arbeiterhaus ohne kommunistische Agitation! Mit jeder Notverordnungsschleife, ob mit Patentzeng oder Dreipfeil, müssen zehn rote Fahnen der Liste 3 auf Miestafeln und Glendbaraden antworten! Schließt Straßenweise Wettbewerbe ab, dort, wo die meisten roten Fahnen wehen, wird die gesamte Einwohnerzahl am nächsten vom Wahlzentrum für die Liste 3 mitgezählt.

## Schafft überall Bastelstuben

Um das Fahnenmachen und Karolenmachen und die Herstellung aller anderen Agitationsmöglichkeiten beschleunigen, müssen sofort überall dort, wo es noch nicht geschehen ist, Wahl- und Bastelstuben eingerichtet werden. Bei Genossinnen oder Sympathisierenden, die eine Nähmaschine haben, wird der Stoff genäht, auf einem ausgeräumten Boden oder im Keller und in Gartenlauben wird gemimt und gemalt, Festlegung der Ar-



Schafft überall Bastelstuben

beiten, Herstellung von Propagandamagen, Plakatsäulen usw., Beschaffung der Materialien, wie Holzeisen, Farbe, Pinsel, Seidenglonen usw. werden als erstes festgelegt, dann alle Tischler, Zeichner, Maler der Ortsgruppe herangezogen und die Arbeit in Angriff genommen! Kurze Losungen machen, schlagende Wäse, stärkliche Darstellungen gebräuen. Alles was vier Wäse hat, wird mit einigen Holzplatten und Papppappen zum Rahmenbogen gemacht. Male und Losungen von und mit den Wäse- und Zeitungsausschnitten auf die Straße. Zur Propa-

gandasäulen nimmt man zwei Holzstreifen, über die man Pappspannt, oder macht sie auch vierkantig als Plakatsäule, die man mit zwei Wäsen ausgerüstet durch die Straßen fährt oder mit einer Klappe versehen zum Literaturverfahrsstand macht, indem sich ein Genosse hineinsetzt. (In diesem Falle sofort politische Genehmigung einholen.)

## Organisiert Diskussionstrupps!

Vor allen Plakatsäulen, Zeitungständern, gegnerischen Buchhandlungen, an der Stempelhele usw. stehen die Wertfähigen und diskutieren über die Plakat- und Losungsaussagen. Die Kommunisten müssen die Diskussion beherrschen. Ebenso wichtig wie unsere Wahlversammlungen ist diese Massen Diskussion in den Straßen. Vor den verlogenen Plakaten der SPD „Ohne Kapfen kein Hitler“ stehen jetzt schon die Wertfähigen und diskutieren



Propaganda mit wandelnden Litfaßsäulen

ren eifrig. Wir müssen den sozialdemokratischen Betrug durch die Aufzählung der zwei Jahre Grüngelb-Politik der SPD-Regierung, die richtigen Zusammenhänge und die Entwicklung des Faschismus aufzeigen. Schlagt den SPD-Betrügern ihren Schwanz um die Ohren und führt sie in die Wahl gelockt und mit unseren schlagkräftigen Argumenten den Boden gelodert, dann nachgeißelt mit Broschüren und Zeitungen, mit Sammelkisten und Aufnahmegeräten. Auch bei SPD- und Nazi-Agitationsplakaten organisierte Werbung für die Kommunistische Partei!

## Radfahrkolonnen aufs Land!

Zur Landpropaganda und zur Haus- und Hofagitatio müssen wir alle Genossen, roten Sportler, die Kameraden des Massen-selbstschutzes usw. die Fahrräder besorgen, zusammenstellen, und als „liegende Kanakarte“ (hoppia!) in Gang legen, die alle Ortschaften, Dörfer und die schwärzesten Nester bearbeiten. Alle Fahrräder müssen rote Wäpel, die mit Hammer und Sichel, Abzeichen der antifaschistischen Einheitsfront und mit loschen der roten Sportler versehen sind (sofort in der Wahlwoche Wäpel zu hülfigen Preisen herstellen), tragen. Es darf keinen Ort im Reich geben, in dem bei dieser Wahl nicht die Flugblätter der Kommunisten den Landarbeitern und Bauern die Augen öffnen. Bei Propa-



Mustergültige Agitationstruppe

gandasfahrten in den Arbeiterstrassen der größeren Orte kann man sehr gut mit solchen Radfahrtruppen mit Nummernplakaten, die auf Papp gezeichnet sind und die Fahrer auf dem Rücken tragen, eine eindringliche und umfassende Agitation entfalten. Auch Losungen, „Wählt Liste 3“ oder „Wählt SPD“ kann man mit Trupps von 11 oder 8 Genossen, die jeder einen Buchstaben an eine Seite gehängt, im „Gänsemarsch“ hintereinander fahren, glänzend popularisieren.

## Ausgestaltung der Versammlungen

In den öffentlichen Versammlungen, die wir durchführen, müssen wir besonderes Gewicht auf die Ausgestaltung legen. Ein Transparent an die Wand mit einer politischen Losung, Verwendung eines Mandolinenspiels oder irgendeines Musikvereins usw. Besonders muß in diesen Versammlungen der Zeitungs- und Literaturbetrieb durchgeführt werden und zwar nicht so, daß man die Sachen zum Verkauf auslegt, sondern dieselben während der Pause zum Kauf anbietet. Das spielt besonders in den Betriebsversammlungen eine große Rolle. Man muß vor allem die Literatur der Zusammenführung der Verammlung und den besonderen Fragen anpassen. Letztere theoretische Literatur muß dabei in den Vordergrund gestellt werden. An all diesen Versammlungen müssen wir eine starke Verbindung mit der fünfzehnjährigen-Freier herstellen.

## Werbt, sammelt, verkauft!

Alle Genossen der Straßen- und Betriebszellen erhalten Wahlmaterial der Partei. Kein Genosse darf in diesem Wahlkampf sich von der Kleinheit beirren. Wichtigste ist, daß heute die Wandfunktion und habe für jede Arbeit keine Zeit mehr über!

kommen nicht in Frage. Jeder kann Broschüren verkaufen, Zeitungen umfassen, Wahlkarten verteilen oder auf Sammelkisten sammeln. Wir haben für jeden etwas. Darüber hinaus können die Ortsgruppen und Betriebszellen durch Verdopplung der Losungen und verstärkten Betrieb ihrer Orts- und Betriebszeitung den Wohlstand der Partei aktiv unterstützen. Nehmt euch ein Beispiel an den Wäseher Genossen im Raumburger Unterbezirk, die sich freiwillig erhoben, auf diese Weise 10 W. für den Wahl-



So schaffen Komsomolzen Kampfmunition

fonds der Partei neben den anderen Sammelmöglichkeiten aufzubringen. Die Wäseher Genossen machen den Vorschlag, daß sie mindest jede Ortszeitung das gleichefalls ermöglichen kann. Schon haben die ersten Ortsgruppen gleichfalls zugestimmt, wer ist der nächste?

## Alle Kraft auf die Fabriken und Betriebe

Das Hauptgewicht unserer Wahlagitatio liegt in den Betrieben der Ortsgruppen und Zellen. Diese müssen wir gut organisieren und anfordern. Im Leuchner Unterbezirk haben die Genossen Betrieb für Betrieb vorgenommen zur Wahlbearbeitung, für jeden Betrieb einen Instrukteur festgelegt, Arbeiterkorrespondenten für Presse und Betriebszeitung festgelegt, schonungslos opportunistische Fehler angezeigt, um dieselben vor der Beschäftigten aufzurollen, Betriebsversammlungen festgelegt usw. Keine Betriebsversammlungen, die nicht wirklich betrieblich angeordnet werden, Literatur in die Versammlungen, unsere Losungen an die Wände usw. Unsere Male und Klebetolonen müssen ihr Hauptgewicht auf den Betrieb und die Zugangsstrassen richten. Hinweg mit Damenstrassen und Dreipfeil! Unsere Losungen müssen die Arbeiter anrufen und die gegnerische Materie ausmerzen. Nicht machen kann man es wie die Wittenberger Agitationspropagandisten, die erklären, bei ihnen sei „das alles nicht durchzuführen“. Und dabei ist das erst der Anfang!

## Betriebszeitungen heraus!

In jeder Woche bis zur Wahl (und selbstverständlich sofort in den nächsten Tagen nach der Wahl) muß in jedem Betrieb eine Betriebszeitung erscheinen. Verbindet die Unternehmensgriffe auf die kürzlichen Löhne und die letzten Werte des Tarifvertrags mit der Streikführerrolle der SPD-Betriebszellen und den Betriebsfaschismus und

zeigt den Arbeitern an Hand ihrer Verhältnisse im Betrieb das Kapfenprogramm und die Hilfsstellung der SPD und Nazis bei dessen Durchführung auf. Keine bombastischen Beirartikel, sondern redet so, wie der Schmeißel gewachsen ist, von den betrieblichen Dingen, die ihr mit den politischen Fragen verbindet.

An Hand seiner Lage wird der Arbeiter erkennen, wenn wir so die Fragestellung aufrollen, daß mit dem Stimmzettel keine „Entscheidung“ fällt, sondern die Wahl eine Etappe auf dem Wege zur Kampfmobilisierung ist und zum Massenbrennen für den Kampf um die Verteidigung der Lohn- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse gemacht werden muß durch die Wahl der Liste 3.

## Popularisierung der Liste 3!

Es kommt darauf an, daß wir besonders in den letzten Tagen überall und in jeder Situation unsere Nummern-Plakate in den



Vor die Betriebe die Kampfarolen

Wohlergrund rufen. Dieselben auf Papp gezeichnet und vor den Betrieben bei Sprechstunden und allen anderen Betriebsmobilisationen, beim Keuen möglichst in den Etagen anbringen, das heißt, von den Fenstern aus an die Wände kleben. Die 3 muß sitzen. Auch muß im größten Maße für den Wahlkampf bei der Besetzung der Wahllokale das Nummern-Plakat in der schon angeführten Form am Wahllokal selbst befestigt, bei der Straßenagitatio von Genossen getragen und von den Radfahrkolonnen in den letzten drei Tagen vor der Wahl vornehmlich verwendet werden.

Plakate, Fahnen und Losungen heraus! Alles für den Sieg der Liste 3!

# Glasnost



Kommunistisches Organ Bezirk Halle-Merseburg



Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei. Preis monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,80 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH, Halle, Bergholzstraße 14, Tel.: 210 45 (West.); 210 47 (Berlag)

Mit der Glasnost verbunden: Der Rote Stern

Verlagspreis: 15 Pf. Nr. 10 bis 100 und Spalte 1 bis 100. Postamt: Berlin 30471. Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH, Halle, Bergholzstraße 14

Einzelpreis 10 Pfennig

Halle, Sonnabend, den 22. Oktober 1932

12. Jahrgang, Nr. 245

## Die Partei ruft zum Kampf!

### Reichsparteikonferenz im Zeichen des revolutionären Aufschwungs und der wachsenden Bolschewisierung der Partei

Die vor wenigen Tagen stattgefundene Parteikonferenz der KPD war ein Ausdruck der bolschewistischen Konsolidierung, des Aufschwungs und der revolutionären Reife der Partei. Die Konferenz — namentlich aus den Betrieben, von den Stempelstellen, von den Gütern und dem höchsten Bande —, ferner von den Mitgliedern des Zentralkomitees, den Sekretären der Parteibeiräte, der verschiedenen Industriezweigen und der wichtigsten Massenorganisationen befristet wurde, zeigte zugleich eine bisher noch auf keiner vergangenen Konferenz zutage getretene, unverbrüchliche Verbundenheit zwischen der Mitgliedschaft und der Führung der kommunistischen Partei mit dem Genossen Schäffmann an der Spitze.

Die Parteikonferenz mit dem politischen Referat des Genossen Schäffmann und der dritten Diskussionsperiode erfüllte beinahe die Funktion eines Parteitag; sie fällt in die Zwischenzeit zwischen dem Weibinger Parteitag und dem kommenden Reichsparteitag. Sie war von historischer Bedeutung!

Drei Parteikonferenzen wurden bisher in der Parteigeschichte durchgeführt: 1. im Jahre 1925, als der offene Brief des ZK zur Zeit der Ruhr- und Ruhrperiode diskutiert wurde; damals galt es, auf der Parteikonferenz mit den ultralinken Aufstellungen der Führer, Wostow usw. aufzuräumen. 2. im Jahre 1928 — nach dem 6. Weltkongress; diese zweite Parteikonferenz schloß den Kampf gegen die Rechten und Versöhler ab. 3. unsere heutige Parteikonferenz, die nach dem XII. ZK-Plenum stattfand, fand im Zeichen des wachsenden revolutionären

Aufschwungs und der Heranzuführung der Massen durch Teil- und Massenkämpfe an die Positionen größter Kämpfe durch bolschewistische Massenpolitik.

Auf allen bisherigen Parteikonferenzen wurde um die Fragen unserer Einheitsfrontpolitik, unserer Gewerkschaftsarbeit, die Einigung der Sozialdemokratie und die praktischen Aufgaben unserer Masseneinheitsfrontpolitik gerungen.

Die jüngste Parteikonferenz geht in ihrer Bedeutung in mancher Hinsicht über die vergangenen Parteikonferenzen weit hinaus und wird in der Geschichte unserer Partei als Markstein in der Entwicklung der KPD zur bolschewistischen Kampfpartei nicht hinter solchen historischen Tagungen wie dem Weibinger Parteitag zurückbleiben. Worin drückt sich diese besondere Bedeutung der jetzigen Parteikonferenz aus? Erstens in der revolutionären Perspektive der Partei, die die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse als unmittelbare Aufgabe der Heranzuführung der Massen durch die Tageskämpfe an Massenkämpfe auf die Tagesordnung stellt.

Zweitens in der Beherrschung der Parteikonferenz durch die Streikfrage, durch die Erfahrungen der bisherigen und gegenwärtigen und die Aufgaben der bevorstehenden Kämpfe und Aktionen; in der Widerspiegelung des Rufes der Partei auf die Betriebe und auf die innergewerkschaftliche Arbeit, auf die scharfe Anwendung der Einheitsfrontpolitik von unten.

Drittens in der offensiven Fragestellung des proletarischen Internationalismus, die die Entschlossenheit der Partei widerspiegelt, zur Durchbrechung der chauvinistischen Welle, durch den gemeinsamen Kampf

des deutschen und des französischen Proletariats gegen Versailles, gegen die Vorbereitung des imperialistischen Krieges, gegen die Bourgeoisie im eigenen Lande.

Viertens in der unüberwindlichen und im krassen Widerspruch zur Zerlegung in allen übrigen Parteien bestehenden Einheit der Partei, in der unerschütterlichen Autorität der Komintern und der Parteiführung und ihrer tiefen Verbundenheit mit der gesamten Partei, in der bolschewistischen Reife der Partei, die die Zerlegung der von der Linke der Partei abweichenden politischen Auffassungen des Genossen Schumann und einiger anderer Genossen, sowie ihre Gruppenarbeit von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Sowohl im Referat, wie in der neunzehnstündigen Aussprache, an der sich 57 Genossen beteiligten und die besonders von den Betriebsdelegierten getragen wurde, nahm die Parteikonferenz

### Erwerbslosenheer wächst

(Fig. Drahtm.) Berlin, 22. Oktober.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. Oktober beträgt die Zahl der Arbeitslosen, die bei den Arbeitsämtern gemeldet sind, Mitte Oktober 1932 rund 5 150 000. Die amtliche Statistik verzeichnet also im Oktober ein Anwachsen der registrierten Arbeitslosen um 48 000. Gleichzeitig ist die Zahl der in der Arbeitslosenversicherung unterstühten Arbeitslosen um 46 000 zurückgegangen; in der Krisenfürsorge verringerte sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um 6500.

In der amtlichen Statistik werden bekanntlich diejenigen Arbeitslosen, die keinerlei Unterstützung mehr erhalten, nicht mehr gezählt. Die Arbeitslosigkeit ist also noch viel größer, als in der amtlichen Statistik zum Ausdruck kommt.

## Ohne Hitler Einige Fragen an die Nazi-Wähler

Wer hat die Notverordnungen vom 4. und 5. September sowie die vorhergehenden vom August und Juli erlassen? — Papen!

Wißt ihr, daß der „Völkische Beobachter“ am 24. Juni selbst geschrieben hat: „Hinter Papen steht das neue nationalsozialistische Deutschland“?

Wer ist — wie Goebbels sagt — „auf dem Rücken der NSDAP in die Amtlichkeit geklettert“? — Papen!

Wer ist also vollverantwortlich für die Papenischen Notverordnungen? — Hitler!

Wer hat als Führer einer „Arbeiter“-Partei am 1. August die monarchistische Rummel in der Reichshofburg Koburg „in tiefer Verehrung“ diesem Fürstengeschmeiß seine Glückwünsche dargebracht? — Hitler!

Wer hat am 21. Oktober eine Antwort an den Reichskanzler von Papen geschrieben, in der es heißt:

„Die großen Gedanken, die wir Nationalsozialisten seit vielen Jahren prägen und predigen, sind heute von Ihnen zum Teil akzeptiert worden.“

Wer diebirt sich in dem gleichen Artikel zur Mitarbeit in diesem Papen-Kabinett folgendermaßen an:

„Herr von Papen! Entweder Sie haben keine Ahnung von der Gefahr, in der der Rest Europas und in erster Linie Deutschland sich dem Bolschewismus gegenüber befindet, oder Sie glauben wirklich, daß einer Weltanschauung ein Kabinett gegenübergestellt werden könnte.“ — Hitler!

Wißt ihr, daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ am Montag Abend über die Hitler-Bewegung schrieb:

„Der Reichstag unter Papen würde weder an seiner Minderheit, noch an der Parteimehrheit und dem Reichshof Koburg, noch an der Parteimehrheit haben, wenn in seinem Kabinett drei oder vier Nationalsozialisten lägen.“

Wißt ihr, daß der deutschnationale Abgeordnete Lauerenz am 3. Oktober in der Sitzung des Landesparlamentes der Deutschnationalen folgende Rede hielt:

„Nieder mit Hitler und Hugenberg! Nieder mit den Fürstentumsknechten! Reißt ihren wertvollen Anhängern die Binde von den Augen! Gewinnt sie für unseren Kampf und für die Wahl der Liste der KPD, der Liste 3! Markiert mit den Antifaschisten!“



den Nazis geben, und nur ein kleiner Teil wird zu uns fliehen.“  
So beklümmert ist ein deutschnationaler Führer um das Schicksal der NSDAP. Hitler und Hugenberg haben die gleichen Sorgen!

zu den letzten Streikaktionen gegen den Lohnabbau und zu den Kämpfen der Erwerbslosen Stellung. Es sprachen die Vertreter aus der Praxis. Sie berichteten, wie Streiks vorbereitet werden, wie die Reformisten betrügerisch manipulierten, welche unzureichenden Lösungen den meisten Anhang finden, wie durch innergewerkschaftliche Arbeit die Auslösung von Streiks beschleunigt wird und welche Probleme in den Massen diskutiert und u. a. bei den Anhanghängern gestellt werden müssen, um die Massen dem Einfluß der Sozialdemokratie und des Faschismus zu entziehen und größere Massenkämpfe gegen die Kapitalblutlauge und gegen den Faschismus durchzuführen zu können.

Genosse Schäffmann stellte fest, daß allein in der Zeit vom 16. September bis 14. Oktober von uns 447 Streiks registriert wurden, davon wurden beendet mit vollem Erfolg, 228, also über die Hälfte, mit Teilerfolgen 16, ohne Erfolg 30; unbekannt geblieben ist das Ergebnis von 173 Streiks. In diesen Streiks gelang es uns zum ersten Male in größerem Ausmaß, in ganz Deutschland Kampfkampagnen gegen die Notverordnungsaktion, gegen die Durchführung des Papen-Programms durchzuführen.

Seit langer Zeit beginnt die deutsche Arbeiterklasse wieder, sich in größerem Umfang ihrer eigenen Kraft und Macht bewußt zu werden. Die Streikaktionen bedeuten den Beginn einer großen, offensiven Durchbruchschlacht gegenüber der Kapitalblutlauge und gegenüber der von der SPD und dem ADGB vertretenen Aufstellung, daß in der Krise keine erfolgreiche Streiks möglich seien.

Schließlich — und das ist von großer Bedeutung für unsere Taktik — trat in den vergangenen Streikaktionen und tritt auch jetzt die SPD mit groß angelegten „linken“ Betrugsmanövern in Erscheinung. Der Verkauf mancher Wirtschaftskämpfe signalisierte die große Gefahr des Vereinfachens mancher Arbeiterkämpfe und manövrieren auch von Teilen der Partei auf die „linke“ Demagogie der SPD und des ADGB. Gegen diese rechtsopportunistische Abgleiten, gegen jede Kapitulation vor der SPD- und ADGB-Führung sowohl in den Betrieben, als auch innerhalb der Gewerkschaften ist daher ebenso wie gegen jede lehrerliche Forderungspolitik der entschiedene Kampf zu führen.

Alle Diskussionen werden der Parteikonferenz Kräfte und wichtige Beispiele über die ermittelten Fortschritte unserer Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front und insbesondere über die vom 12. ZK-Plenum als Aufgabe gestellte Heranzuführung der Massen über Teilkämpfe und Teilstreiks an große Massenkämpfe. Durch eine große Anzahl von Vorschlägen, zum Beispiel Hilfskommissionen in den Betrieben zu gründen, durch neue Formen von Einheitsfrontorganen, durch Betriebsdelegierten-Konferenzen, Parteikonferenzen, Beratungen und betriebliche Lohnkommissionen usw. wurden die reichen Erfahrungen der letzten Wirtschaftskämpfe ausgewertet,